

Bezugspreis:

Einzelheft 180.- M. monatlich 60.- M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 21. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Bedingungen für ein Moratorium.

Wie die „Dena“ aus wohlinformierten, der Reparationskommission nahestehenden Kreisen erfährt, ist das Garantiekomitee der Ansicht, daß ein mindestens zweijähriges Moratorium für die deutsche Regierung gewährt werden muß...

In dem Schreiben an den Reichskanzler ist lediglich der Wunsch des Garantiekomitees ausgesprochen worden, eine Bestätigung der mündlich zwischen der deutschen Regierung und dem Garantiekomitee getroffenen Vereinbarungen zu erhalten...

Jede Verletzung der deutschen Souveränität zu vermeiden.

Die deutsche Regierung verpflichtet sich, sowohl den Etat wie alle finanziellen Befehlsentwürfe zwei Delegierten der Reparationskommission, die sich in Berlin zum Zwecke der finanziellen Beobachtung ständig aufhalten werden, vorzulegen...

ein direktes Einspruchsrecht nicht haben,

wenn ihnen auch das Recht der Kritik daran unbenommen bleibt. Die Entscheidung über die Gestalt der finanziellen Befehlsentwürfe bleibt, das sei noch einmal hervorgehoben, beim Parlament und bei der deutschen Regierung.

Die deutsche Regierung hat ferner zugesagt, daß sie nunmehr ihren alten Plan eines fliegenden Kontrolldienstes verwirklichen will. Besondere Beamten und Kommissionen des Reichsfinanzministeriums werden bei den einzelnen Finanzämtern Einsicht in die Durchführung der Veranlagung und Steuererhebung nehmen und die genaue Durchführung der Steuererhebung überwachen.

von Zeit zu Zeit von einem Vertreter der Interalliierten Finanzkontrollkommission begleitet

sein, der sich selbst davon überzeugen kann — durch Stichproben oder durch eine andere Art der Prüfung — ob und wie der laufende

Kontrollapparat des Reichsfinanzministeriums funktioniert. Die Tätigkeit dieses alliierten Begleitkommissars ist aber unter allen Umständen streng begrenzt durch die Wahrung der von der deutschen Regierung heute wie stets beanspruchten Rechte des Steuergeheimnisses, der Aufrechterhaltung der Steuerhoheit...

Ueber die Nachprüfung der deutschen Finanzen hinaus erstrecken sich die vom Garantiekomitee geforderten Maßnahmen auf wirksamere Bekämpfung der Kapitalflucht und Wiederaufbau der Ein- und Ausführstatistik auf die Höhe des Vorkriegsstandes. Drastische Maßnahmen zum Kampf gegen die Kapitalflucht sind namentlich von den Franzosen immer wieder gefordert worden unter Hinweis auf ihre eigene weit wirksamere Gesetzgebung als die deutsche.

Jede Kapitalausfuhr der Genehmigung unterliegen.

Eine Ausnahme soll nur da erfolgen dürfen, wo es sich um Personen oder Firmen handelt, die berufsmäßig und ständig mit dem Auslande Geschäfte machen. Hier soll eine generelle Genehmigung der Handelskammer ausreichen. Diese Regelung ist getroffen worden, weil anders der Exportverkehr tödlich getroffen würde. Die in Börsen- und Finanzkreisen gerücheweise behauptete Wiederbelebung der Devisenkontrolle durch eine zentrale Stelle kommt in keiner Weise in Frage.

Die Gültigkeit der vorstehend geschilderten Finanzkontrolle wird beschränkt werden auf die Dauer der Gültigkeit des Moratoriums.

Paris, 20. Juli. Wie die Havas-Agentur meldet, wird von der Reparationskommission die Nachricht der „Chicago Tribune“, Deutschland sei mit Zustimmung Frankreichs verfahrensweise ein Moratorium von drei bis sechs Monaten für seine Barzahlungen bewilligt worden, für unrichtig erklärt.

Paris, 20. Juli. (W.B.) Ministerpräsident Poincaré hat heute vormittag den Präsidenten des Garantieausschusses, Mautclère, und den Finanzminister de Pastreire empfangen.

Das Garantiekomitee.

Seine Aufgaben und Befugnisse.

Die Forderungen des Garantiekomitees und die Zustimmung, die von der deutschen Regierung zu ihnen ausgesprochen worden ist, lassen sich nur im Zusammenhang der Ereignisse verstehen, die in den letzten vier Jahren über Deutschland hereingebrochen sind. Durch den Vertrag von Versailles ist die Reparationskommission entstanden, der die Befugnis zusteht, die von Deutschland zu leistenden Zahlungen festzusetzen, Erleichterungen zu gewähren und im Fall von Zahlungsschwierigkeiten zu bestimmen, ob diese durch Verschulden des Schuldners oder ohne dieses entstanden sind.

Niemand kann bestreiten, daß die Lage, in die sich die deutsche Republik als Erbin des bankrotten Kaiserreichs versetzt sieht, überaus drückend und peinlich ist. Ihren Organen, die verpflichtet werden, den Vertretern fremder Mächte Einblick in die Obliegenheiten ihres Amtes zu gewähren, fällt eine harte Aufgabe zu. Ihnen und mit ihnen uns allen ist die Rolle des zahlungsunfähigen Schuldners zugefallen, der den Gläubigern seine Bücher aufschlagen, ja, alle seine Habseligkeiten vorweisen muß, um den Nachweis zu führen, daß er sie nicht betrugt.

Somit wir also auch davon entfernt sind, die Situation zu beschönigen, in der wir uns befinden, so entschieden müssen wir auch vor Uebertreibungen warnen. Aus dem Besagten geht hervor, daß das Garantiekomitee zwar das Recht besitzt, in die Finanzwirtschaft Einblick zu nehmen, daß ihm aber nicht das Recht zusteht, über ihre Gestaltung Vorschriften zu machen. Seine Aufgabe ist, der Reparationskommission Gutachten zu erstatten. Auch dieser steht nicht das Recht zu, in die Souveränität des Reiches einzugreifen, wie in dem Schriftverkehr, der der Unterzeichnung des Versailler Dokuments voranging, von alliierter Seite ausdrücklich festgestellt worden ist.

Allerdings sind die Grenzen der deutschen Finanzhoheit einigermassen flüchtig geworden. An Versuchen, sie zu verschleiben, hat es nicht gefehlt.

Die juristische Konstruktion, auf Grund derer solche Versuche unternommen werden, ist diese: Die Reparationskommission hat das Recht, Deutschland Zahlungsaufschübe und Erleichterungen zu bewilligen oder zu verweigern, also hat sie auch das Recht, Deutschland Bedingungen zu stellen, unter denen sie ihre Entscheidung in dem Deutschland günstigen Sinne zu fällen gewillt ist. Auf Grund dieser Konstruktion ist von Deutschland in der Note vom 21. März die Erhebung weiterer Steuern im Betrage von 60 Milliarden Papiermark, über das Finanzkompromiß hinaus, gefordert worden. Diese Forderung ist als unerfüllbar zurückgewiesen worden, und die Reparationskommission hat sich damit beschieden.

Es ist klar, daß es im Interesse der französischen Regierung liegt, die Befugnisse des Garantiekomitees als möglichst weitgehend darzustellen. Denn diese Befugnisse sind sozusagen „Sanktionsertrag“. Vom Einmarsch in das Ruhrrevier ist es stiller und stiller geworden, und so muß der Eifer der Regierung, die Gläubigerinteressen des finanziell schwer notleidenden Frankreich wahrzunehmen, auf anderem Gebiet nachgewiesen werden. Ohne den Beweis dieses Eifers wäre es unmöglich, von der französischen Regierung das Zugeständnis zu erhalten, daß ein längeres Moratorium unerlässlich sei.

Die französische Regierung focht es wenig an, daß sie durch ihr Vorgehen abermals dem Nationalismus in Deutschland Vorschub leistete. Sie denkt nur daran, ihren eigenen nationalen Block zu kalmieren, und sie beachtet nicht, daß sie dadurch in Deutschland der nationalistischen Agitation Vorschub leistet, die schon behauptet, die Tätigkeit des Garantiekomitees bedeute das Ende der deutschen Finanzhoheit und die deutsche Regierung habe alles hingegeben, ohne etwas dafür zu erhalten.

Die nationalistische Agitation überfiehet absichtlich, daß die deutsche Regierung mit ihrer angefochtenen „Erfüllungspolitik“ tatsächlich schon etwas erreicht hat, nämlich die allgemeine Anerkennung, daß der Londoner Finanzplan un- durchführbar ist und daß jede Aussicht fehlt, seine Durchführung mit Gewaltmaßnahmen erzwingen zu können. Daß damit noch nicht genug erreicht ist, gibt niemand williger

Deutschland und Polen.

Am Mittwoch wurde zwischen dem deutschen Bevollmächtigten, Ministerialdirektor v. Stokhamern, und dem polnischen Bevollmächtigten Minister Długoski das Programm für die deutsch-polnischen Verhandlungen auf Grund der beiderseits aufgestellten Listen vereinbart. Es umfaßt in weitem Umfange politische, finanzielle und wirtschaftliche Fragen.

Zugleich wurde schon jetzt vereinbart, daß Polen den Transit nach Rußland für Deutschland freigeibt und daß Deutschland hinsichtlich der Warenausfuhr Polen ebenso wie andere valutatraschwache Länder behandelt. Die in der Kommission zu erledigenden Verhandlungen werden voraussichtlich am Montag beginnen.

Erklärungen im Saar-Landesrat.

Ein Sieg der Stummen.

Saarbrücken, 20. Juli. (W.B.) Die erste Sitzung des Landesrats wurde nach etwa 1 1/2 stündiger Unterbrechung wieder eröffnet. Nach der Verordnung der Regierungskommission vom 24. März über die Schaffung eines Landesrats ist letzterer nur berufen, über diejenigen Gegenstände zu beraten, die auf der von der Regierungskommission allgemein festgelegten Tagesordnung angeführt sind. Auf diese Bestimmung stützte sich die Weigerung des Präsidenten, den Abgeordneten zur Verlesung der Erklärungen der Parteien das Wort zu erteilen. In den schärfsten Ausdrücken wurde von den Abgeordneten aller Parteien das Verhalten der Saarregierung gequalt, nur der Abgeordnete Schmolz, der Vertreter der Haus- und Grundbesitzerpartei, fand verständliche Worte. Es wurde mehrfach betont, daß die Zulassung von Parteierklärungen der Verordnung der Regierungskommission nicht widerspreche. Die Regierungsbotschaft stehe auf der Tagesordnung und dürfe daher auch besprochen werden. Uebrigens sei es

eine Höflichkeitspflicht,

auf eine verlesene Botschaft eine Antwort entgegenzunehmen. Es

bestehe auch nicht die Absicht, irgendeine Debatte daran zu knüpfen. Obwohl der Präsident des Landesrats den Abgeordneten soweit Redebezugnis gab, als es ihm nach den Bestimmungen möglich war, konnte die Verlesung der Erklärungen zunächst nicht erreicht werden. Auf Antrag des Abg. Kiefer (S.) wurde Staatskommissar Dr. Maurer beauftragt, während einer kurzen Vertagung der Regierungskommission die endgültige Frage vorzulegen, ob sie die Verlesung der Parteierklärungen gestatte.

Nach einstündiger Pause wurde die Sitzung abermals aufgenommen. Der Präsident gab eine Erklärung ab, daß der Präsident der Regierungskommission, ohne einen Präzedenzfall zu schaffen, mit der Verlesung der Erklärungen einverstanden sei. Die darauf folgenden Parteierklärungen waren durchweg ruhig gehalten, um von vornherein den Eindruck der Opposition zu vermeiden. Mit Ausnahme der Kommunistischen Partei sprachen alle Parteien ihre Bereitwilligkeit aus, mit der Regierungskommission zum Wohle der Saarbevölkerung zusammenzuarbeiten, wenn die Regierungskommission ihren Kurs grundsätzlich ändern. Alle Erklärungen protestieren gegen die Verordnungen über den Landesrat und verlangen deren baldige Abänderung, insbesondere werden gefordert:

Das Recht der Interpellation, das Beschwerde- und das Initiativantragsrecht, die Ernennung des Präsidenten durch den Landesrat, Mitbestimmung der Tagesordnung, Immunität, Aufhebung der Bestimmungen, wodurch die nicht hier geborenen Deutschen von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind. Verlangt wird ferner die Entfernung des französischen Militärs, die Aufhebung der Saareinwohnerverordnung, die Befestigung der französischen Schule in ihrer gegenwärtigen Gestalt, die Entfernung der französischen Beamten aus der saarländischen Verwaltung und das völlige Aufgeben der bisherigen Französerpolitik.

Der Schlußakt der Haager Konferenz wurde gestern vollzogen. Die nicht-russischen Delegierten nahmen eine Entschlieung an, in der den Regierungen empfohlen wird, zu verhindern, daß ihre Staatsangehörigen in Sowjetrußland nationalisiertes Auslandseigentum erwerben.

zu als wir. Was fehlt, das ist die praktische Auswirkung dieser Erkenntnis, die bestehen muß in der Bewahrung eines langfristigen Moralitätsprinzips, im Zustandebringen einer internationalen Anleihe, im internationalen Finanzgleichgewicht, in der Verwandlung der Schulden Deutschlands an die Entente-Staaten in Schulden an Privatgläubiger und insofern auch im Verzicht auf staatliche Zwangsmaßnahmen wie Okkupationen, Sanktionen und dergleichen. Aber das sind schwierige Probleme, die nur mit Geduld gelöst werden können. Liege sich die Politik Deutschlands von der nationalistischen Kritik beeinflussen, so hätte das deutsche Volk davon nichts anderes zu erwarten als schwerste Rückschläge.

Doch die Richtung, die mit der Tätigkeit des Garantiekomitees eingeschlagen ist, Gefahren in sich birgt, ist nicht zu leugnen. Die Durchscheidung der deutschen Finanzwirtschaft durch eine fremde Gutachterkommission ist als vorübergehende Maßnahme zu ertragen, sie kann sogar nützliche Wirkungen haben, da sie den Ansporn in sich birgt, zu Beanstandungen keinen Anlaß zu bieten. Sollte aber die Entscheidung dazu führen, daß die Tätigkeit des Garantiekomitees zur Dauerinstitution wird und daß die fremden Kontrollorgane unsere innere Verwaltung schlingenschnurartig umschlingen, so wäre das schlechthin unerträglich. Die deutsche Politik muß also darauf gerichtet sein, dem Garantiekomitee möglichst erschöpfende Möglichkeiten zur Prüfung der deutschen Finanzen zu gewähren, auf der anderen Seite aber auch gerade dadurch die Tätigkeit des Garantiekomitees abzukürzen.

Von der Welt draußen ist die Einsicht zu fordern, daß kein System des Zwangs und der Kontrolle, das einseitig gegen einen Schuldnerstaat gerichtet wird, imstande ist, die Finanzwirtschaft der Welt in Ordnung zu bringen. Dazu bedarf es einer Schuldenbegrenzung auf das Leistbare und des eigenen Interesses der Schuldner, durch geregelte Zahlungen ihren Kredit und ihren Wohlstand wiederherzustellen. Dringt diese Einsicht, für die wir unablässig kämpfen und werben, durch, dann wird die Tätigkeit des Garantiekomitees wie auch manches noch Härtere, was uns bedrückt, nur eine vorübergehende Erscheinung sein.

## Die Schutzgesetze rechtsgültig!

Der Reichsrat stimmt zu.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Plenarsitzung ab, in der er sich mit den vom Reichstag verabschiedeten Steuerentwürfen und den Gesetzen zum Schutz der Republik beschäftigte. Staatsrat Dr. v. Wolf erklärte im Namen der bayerischen Regierung, daß diese ihren Einspruch gegen die Schutzgesetze auch nach den vom Reichstag beschlossenen Änderungen aufrecht erhalte. Dieser Einspruch Bayerns wurde von den Vertretern der anderen Länder nicht unterstützt. Der Reichsrat stimmte den Schutzgesetzen zu, die damit rechtsgültig geworden sind. Gegen die Novelle zum Einkommensteuergesetz erhob Thüringen Einspruch, der aber auch keine Unterstützung fand. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz wurde ebenso wie die übrigen Steuerentwürfe in der Fassung angenommen, die der Reichstag ihr in dritter Lesung gab.

## Schule und Republik.

Besprechung der Kultusminister der Länder.

Auf Einladung des Reichsministeriums des Innern an die Unterrichtsminister der Länder fand am 19. Juli eine Besprechung über die Maßnahmen zum Schutz der Republik und zur inneren Festigung der Republik von den Unterrichtsverwaltungen der Länder zu treffen. Richtlinien, die vom Reichsministerium des Innern vorgelegt wurden, fanden mit geringfügigen Abänderungen die Zustimmung der Konferenz. Sie beziehen sich einerseits auf Ausgestaltung des staatsbürgerlichen Un-

terrichts, Umgestaltung der Lehrbücher und Lehrpläne, Ausbildung und Fortbildung der Lehrer aller Schulgattungen, andererseits auf Maßnahmen der Schulordnung und Disziplin. Die Veröffentlichung der Richtlinien wird in nächster Zeit erfolgen.

## Reinigung von Monarchistenbildern.

Hamburg, 20. Juli (Tel.). Die Oberbehörde hat am 11. Juli folgenden Beschluß gefaßt: Alle Bildwerke von Angehörigen der ehemaligen deutschen Fürstenhäuser sind aus den Räumen der Schulgebäude zu entfernen, sofern sie Personen darstellen, die nach 1870 gelebt, ebenso sind aus den Schulgebäuden zu entfernen Bildwerke, die Kriegshelden aus der gleichen Epoche darstellen, sowie sämtliche Schlachtenbilder. Bildwerke dieser Art dürfen fortan in der Schule nicht angebracht werden. Die Schulleiter werden ersucht, das zur Ausführung dieses Beschlusses erforderliche bis zum 24. August zu veranlassen. An Stelle dieser Bildwerke sollen zum Schmuck der Schulräume Bildwerke zur Veranschaulichung des deutschen Geistes- und Kulturlebens oder Landschaftsbilder verwendet werden.

## Die Kaltgestellten.

Die Rechtspreffe erhebt begrifflicher Weise ein großes Geschrei über die Kaltstellung preussischer Regierungspräsidenten, die ihrer Pflicht, die rechtsradikalen Verschwörer gegen die Republik zu überwachen, nicht oder ungenügend nachkommen.

Die Vorwürfe gegen die jetzt kaltgestellten Regierungspräsidenten sind seit Monaten, teilweise seit Jahren Gegenstand der politischen Debatte gewesen. So ist von dem Regierungspräsidenten von Oersdorff in Merseburg bekannt, daß er, der als Verwaltungsbeamter allgemein geschätzt wurde, nur die Gefahr von links sah und eine Gefahr von rechts gänzlich ableugnete. Der Regierungspräsident Lümann in Osnabrück ist vom Ministerium schon vor einem Jahre um Bericht darüber ersucht worden, ob der Wittelnd-Bund und ähnliche rechtsgerichtete Vereine in seinem Bezirk heimlich Waffen führten. Auf Grund des Berichts des Regierungspräsidenten ist eine dahingehende Anfrage im Landtag verneinend beantwortet worden, während sich jetzt bei der Verfolgung der Erberger-Mörder durch das Geständnis des deutschnationalen Parteisekretärs Landwehr und anderer ergeben hat, daß die Angaben jener sozialdemokratischen Anfrage nicht nur durchaus zutreffend waren, sondern sogar hinter der Wirklichkeit noch zurückblieben. Auch hat der Regierungspräsident von Osnabrück im vergangenen Jahre zugelassen, daß eine Sendung von 10 000 angelegten Jagdschlingen, auf die ihn der Minister des Innern besonders aufmerksam gemacht hatte, nach München zurückrollte. Einige Monate später sind dann dort diese Waffen von der Interalliierten Militärkommission beschlagnahmt, und nachdem sich ein Besitzer nicht gemeldet hatte, als Militärwaffen vernichtet worden.

Den Regierungspräsidenten in Aurich, von Hoppe, trifft die Verantwortung dafür, daß sein Bezirk — ebenso wie Oldenburg — ein Tummelplatz der rechtsradikalen Geheimbünde geworden ist. In Wilhelmshaven behauptet man ganz allgemein, daß Ehrhardt ebenso oft wie in München dort bei seinen Getreuen zu Besuch ist. In jedem Falle hat in Wilhelmshaven die Organisation C eine ziemlich große Ausbreitung gewonnen, ohne daß von der Regierung rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Der Regierungspräsident Graf Meerfeldt in Münster hatte in der Schutzpolizei eine derartige Ausbreitung des „Stahlhelm“ und ähnlicher Verbände zugelassen, daß Zentrumsabgeordnete den preussischen Innenminister ersuchten, dort einmal eine gründliche Untersuchung vorzunehmen, aber nicht etwa durch Polizeibeamte von Münster, deren man nicht sicher sei, sondern durch Berliner Polizeibeamte. Der Minister hat sich dann selbst an Ort und Stelle von den Umständen überzeugt.

Auch aus anderen Bezirken können ähnliche Tatsachen in Fälle festgestellt werden. Es war höchste Zeit, daß endlich einmal durchgegriffen wurde. Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß zum Regierungspräsidenten in Schneidemühl der frühere freisinnige Abgeordnete, jetzige Deutsche Volksparteiler Dr. Wiemer in Aussicht genommen ist.

zu zeigen, daß eine Republik mit monarchischem Unterbewußtsein weit vornehmer ist als ein demokratisches Staatsgebilde. Soweit ist unser Nationalbewußtsein denn doch noch nicht gesunken, daß aus einer schimmernden Monarchie so mir nichts, dir nichts eine poplige Feld-, Wald- und Wiesenrepublik wird.

Nachdem das weiche, bürgerliche Herz über den rohen politischen Verstand gesiegt hat, beginnt man sich bereits über die Erregung zu wundern, von der man weiß, daß der Ausdruck warum, ergriffen war. „Bei Ruh' will ich haben! Die Rathenau-Mörder erobern sich heimlich und leise die Tränendrüse der mitfühlenden Zeitgenossen. Eine wehmütige Romantik spinnt sich um die jungen Leute, die mannhaft und tapfer ihre Ideale verteidigen haben. „Heidenjünglinge“ wispert es behutsam bei den gerührten Völkern. Nachdem sie ihrer Meinung mit Maschinengewehren und Handgranaten nachdrückend verteidigen hatten, sind sie, für ihre Tat wacker einstehend, mit Wagemut schleunigst ausgerückt, wobei ihnen ihr Freund abhanden kam, dessen Schuld sie sonst sicherlich auf sich genommen hätten. Sie haben nicht etwa die Gerichtsverhandlung abgewartet und gerufen: „Das war unsere Ueberzeugung, und nach der haben wir gehandelt“, sondern als wahrhaft aufrechte Männer haben sie statt des Geistes das eindrucksvolle Schießpulver wirken lassen, das, wie die Kriege zeigen, immer auf die verständlichste Weise Schwierigkeiten aus dem Weg räumt.

Die Treudeutschen finden diesen Heroismus ergreifend und schöpfen daraus Anlaß zu neuem Ruh.

Das Wetterrisiko der Rheumatiker. Lange Zeit hat man die Hypothese, daß zwischen den Veränderungen des Wetters und den neuralgischen Schmerzen mancher Kranken, wie Gichtiker und Rheumatiker, ein Zusammenhang bestehe, als unwissenschaftlich verworfen. Heute kann jedoch eine solche Beeinflussung des menschlichen Organismus durch klimatische Veränderungen nicht mehr bezweifelt werden. In der „Allgemeinen Rundschau“ internimunt es der Nürnberger Spezialarzt Dr. Charnikauer, das Problem des „Wetterrisikos“ wissenschaftlich zu ergründen, und er kommt zu dem Resultat, daß allein der Radiumgehalt der Luft für die Veränderungen im Befinden der Patienten verantwortlich sei. Nach der Lehre der radioaktiven Umwandlung zerfällt jede radiumhaltige Substanz unter Abgabe von Strahlen, wobei sich das Radium in ein Gas, die sogenannte Emanation, verwandelt. Diese Emanation ist in der atmosphärischen Luft überall vorhanden, sie strömt zweifelslos aus der porösen Erdoberfläche, in der sie das Radium enthält, aus und wird mit der aus dem Erdreich entströmenden Luft nach oben befördert. Ihr Gehalt in der Luft ist großen Schwankungen unterworfen. Bei niedrigen Temperaturen, namentlich an Frosttagen, ist die Aktivität hoch, bei Zunahme der Lufttemperatur scheint sie abzunehmen. Bei Süd- und Ostwinden, also bei Winden, die aus dem Kontinent heraufwehen, ist die Aktivität höher als bei den umgekehrten Windrichtungen. Sie ist an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten verschieden stark und abhängig vom Barometerstand, Temperatur, Windrichtung und Windwechsel.

Wir kennen die Wirkung der Emanation auf die einzelnen Organe des Menschen, sie ist auf das regaleste untersucht worden. Es

## Bayerischer Wirtwart.

München, 20. Juli. (Fig. Drohbericht.) Die politische Lage in Bayern ist durch die unablässige Hege der rechtsstehenden Presse außerordentlich verschärft worden. Der Ministerpräsident beschloß heute den ganzen Tag mit der Frage der Uebernahme der Schutzgesetze des Reiches auf das bayerische Landesgebiet. Die Vorschläge der Regierung werden noch heute den Fraktionen zugehen. Die Parteiausgänge werden sich heute und übermorgen mit ihnen besprechen. Während das offizielle Bayern noch immer nach einer für das Land annehmbaren Lösung ringt, weist die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz dazu die Wege mit den Sätzen: „Zwischen Verrat und Separation vom Reich und widerstandloser Beugung unter alle Gebote der neuen Gesehe liegt ein weites Gebiet von Möglichkeiten zur Wahrung der bayerischen Interessen.“ Die deutschnationalen Presse aber fordert — natürlich zwischen den Zeilen — zum Hochverrat auf. Die „Münchener Zeitung“ verlangt in ihrem Leitartikel ein entschiedenes „Entweder — Oder“, d. h. die Entscheidung der Regierung für die Abtrennung vom Reich, und die „Münchener-Lugsburger Abendzeitung“ weist in ihrer Fragestellung: „Wollen wir bleiben bei dem, was wir als Recht erkannt haben, oder unsererseits den neuen Bruch mit der deutschen Vergangenheit gutheissen?“ auf die Trennung vom Reich hin. Gegen diese Gefahr ruft unser Münchener Parteiblatt die Republikaner auf: „Republikaner, seid auf der Wacht! In Bayern beabsichtigen fanatische, politisch kurzfristige Kreise Aktionen, die zu den schlimmsten Folgen führen können. Die Konsequenzen davon können furchtbar sein. Wir warnen davor. Den Republikanern aber rufen wir zu: Folgt der Befehl eurer Leitung! In unserem eisernen Willen müssen die Pläne der Widersacher zerschellen!“

## Kein Posten bei Rahr.

Das Reichswehrministerium teilt durch WTA mit: „Der „Vorwärts“ vom 20. Juli morgens bringt unter „Bayerische Krisenstimmung“ eine Meldung, wonach Posten der republikanischen Kreiswehr die Landtage des Herrn v. Rahr und des Kronprinzen Rupprecht bei Verhörsgebäuden bewachen sollen. Die Nachricht des Blattes ist unzutreffend.“

Wir würden uns freuen, wenn diese Richtigstellung wirklich den Tatsachen entspräche. Indessen hat man aus Bayern soviel Unglaubliches glauben lernen müssen, daß auch die Postenstellung vor Rupprecht und Rahr an sich nicht unwahrscheinlich erschien.

Das Reichswehrministerium legt in einer besonderen Zuschrift an den „Vorwärts“ außerdem noch Wert auf die Feststellung, daß der mehrfach erwähnte Zug der Reichswehr durch Rassel nicht am Tage der Trauerfeier für Rathenau, sondern einen Tag später erfolgte.

## Durchsuchungen in Münster.

Münster, 20. Juli. Auf Grund von Anzeigen, daß die Ortsgruppe Münster des verboten „Bundes der Ausrechten“ weiterbestehe, fanden hier Durchsuchungen statt, bei denen verdächtiges Material aufgefunden und beschlagnahmt worden sein soll. Der Schriftführer der Ortsgruppe Münster wurde festgenommen, jedoch nach Vernehmung seitens des Gerichts, das Fluchtverdacht oder Verdunkelungsgefahr nicht für vorliegend erachtete, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Entlassung des Ministerialdirektors Bachem. Wie die PPN hören, hat das preussische Staatsministerium auf Antrag des Finanzministers Dr. von Richter den Ministerialdirektor Dr. Bachem zur Disposition gestellt. Bachem hat bekanntlich vor längerer Zeit sein Abschiedsgesuch eingereicht, weil er als bisheriger Dezernent für die Frage der Abfindung der Hohenzollern die Beobachtung machen zu können geglaubt hatte, daß der gegenwärtige preussische Finanzminister ihn auschelte und in der Abfindungsfrage Wege einschlug, die er nicht vertreten könne. Bachem befindet sich gegenwärtig auf einer Urlaubsreise in Argentinien, und man hatte angenommen, daß sein vor der Abreise eingereichtes Abschiedsgesuch erst nach seiner Rückkehr erledigt werden würde.

Die letzte Szene der Mount-Everest-Expedition. Ueber den letzten mißglückten Versuch, den höchsten Gipfel der Erde zu bezwingen, liegen jetzt nähere Einzelheiten vor. Über die der Führer der Expedition, General Bruce, in den „Times“ berichtet. Die Gruppe, die die letzte Anstrengung unternahm, hatte bei nichts Gutes verheißendem Wetter am 3. Juni das als Operationsbasis dienende Lager verlassen. Am 6. Juni hielten sie zwar das Weiter etwas auf, dafür setzte aber ein bester Regen ein, und in der Nacht vom 6. zum 7. Juni sank das Thermometer bis auf 23 Grad unter Null. In der Frühe des 8. Juni verließen Halorn, Somerville und Crawford das Lager und begannen in das Eis zu hauen. Hinter ihnen schritten in Gruppen von je vier Mann die durch Seile verbundenen Träger mit den Sauerstoffapparaten, die aber nur für den äußersten Notfall gebraucht werden sollten. Um 12 Uhr nachmittags hörte man plötzlich ein verdaßliches Geräusch, und gleich darauf setzte sich eine Schneelawine in Bewegung. Die drei Engländer und einer der Träger, die das selbe Seil verband, wurden mitgerissen; nachdem sie über eine Strecke von etwa 50 Metern geschleift waren, kam glücklicherweise die Lawine zum Stehen, und die vier von der Gefahr des Abstürzes bedrohten konnten sich retten. Als sie sich nach den ihnen folgenden Gefährten umhören, bemerkten sie in der Tiefe auf dem etwa 20 Meter hohen Rücken eines Eisbaldes, zu dessen Füßen sich ein Abgrund öffnete, eine Gruppe der Träger. Zwei durch Seile verbundene Gruppen waren bereits in den Abgrund hinabgerissen worden. Man stieg sofort hinunter, um den Verunglückten Beistand zu leisten. Auf dem Grunde lagen sieben Träger, vom Schnee verdrängt. Obwohl keine Hoffnung bestand, sie noch lebend heraufzubringen, begann man sofort mit der Rettungsarbeit, und es gelang auch, sechs Leichen zu bergen. Die siebente konnte nicht gefunden werden. „So endet“, schließt General Bruce seinen Bericht, „der erste Versuch der Eroberung des höchsten Berggipfels der Welt. Es besteht zwar kein Grund, daran zu zweifeln, daß ein neuer Vorstoß ein besseres Ergebnis heben wird, aber der Mount Everest hat im Kampf gegen die Menschen zwei mächtige Verbündete: in erster Linie die ungemein kurze Zeit, während der man auf gutes Wetter rechnen darf, und zum andern die furchtbaren Wessürme, die auch bei günstiger Witterung auf der nörd-

## Politische Einsicht.

Von Hans Klabaubermann.

Ich wollte mit Ihnen um 10 Gramm gestohlenen Zimt, daß Sie in die Seele eines treudeutschen Volksgenossen nicht eingedrungen sind. Stellen Sie sich vor, Sie überschreiten einen Bahndamm und bemerken dabei, daß die Schienen von nichtsnutziger Hand gelodert sind. In einer halben Stunde wird ein Schnellzug erwartet. Um ein Unglück zu verhüten, nehmen Sie die Weine in die Hand und berichten Ihre Wahrnehmung schleunigst dem Beamten. Dieser Beamte nimmt umständlich Platz und spricht also: „Wie heißen Sie? In welcher Angelegenheit streifen Sie in dieser Gegend herum?“ — Inzwischen bewundern Sie die eiserne Gelassenheit des Mannes und denken mit Entsetzen an den verhängnisbedrohten Schnellzug. Da straffen sich plötzlich seine Züge, der Deutsche forschet mit unerbittlicher Strenge: „Nebst dem, wie kommen Sie auf den Bahndamm? Das Betreten des Bahnkörpers ist bei Strafe verboten. Ich werde den Vorgang protokollieren.“

Es werden ein solches Verhalten nicht nur erstaunlich finden, sondern sogar sagen, dies hier ist eine konstruierte, alberne Geschichte. Tatsächlich ist die ganze Sache erfunden. Aber sie spiegelt nur eine wirkliche Begebenheit wieder, die sich in Kiel ereignet hat.

Vor einigen Tagen hat die interalliierte Kommission auf dem finnischen Kriegsarsenal in Kiel ein großes Waffenlager ausgehoben. Der Arbeiter Heinrich Bod hatte der Kommission die Sache gepuffen. Das war gewiß nicht nett von ihm und auch nicht im Interesse der Republik. Immerhin neige ich der Ansicht zu, daß die Handlungsweise der Leute, die die Waffen ausgerechnet in einem staatlichen Betrieb verstecken, verwerflicher ist. Da nun einmal, in erster Linie durch diese gewiß völkisch-ideal veranlagten Leute, in zweiter Linie durch den Arbeiter Bod die Karre für Deutschland verfahren war, mühten energische Maßnahmen ergriffen werden, die Republik aus der verwickelten Sachlage rauszubauen. Hier griff nun der oben erwähnte treudeutsche Volksgenossenschaftsgeist mit bewundernswertem Scharfsinn ein. Der Arbeiter Bod wurde wegen Landesverrats verhaftet. Ich bin überzeugt, daß dies Späßen an der richtigen Stelle im Ausland den besten Eindruck machen wird, und gehe noch einen Schritt weiter. Der größte Teil der sehr verehrten zeitungslesenden Spießer wird die sachgemäße Beamtentätigkeit nicht als auffallend empfunden haben.

Wir wissen zwar, daß unser Dichter- und Denkerolk politisch zu empfinden in der Lage ist. Von dieser Fähigkeit wird auch bei besonderen Anlässen Gebrauch gemacht. Aber immer nur für kürzere Zeit, da uns wohlbedenklich ist, daß Politik den Charakter verdirbt. Die Beratung des Gesetzes zum Schutz der Republik hat dem biederen Deutschen einen köstlichen Schreden in die Knochen gejagt. „Am Gottes willen“, sagte man sich, „es soll doch nicht etwa ernstlich eine republikanische Gesinnung in Deutschland Mode werden?“ und man verfuhr so leicht, eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft zu bilden, um einerseits die glorreichen Traditionen und den Hohenzollerngedanken in Ehren zu halten und andererseits den Sozialdemokraten

# Lohnvorschüsse und Deckungsfrage.

## Die Ferienfözung der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Ferienfözung der Stadtverordneten nahm einen unerwarteten Verlauf. Vorauszusehen war allerdings, daß die den Widerspruch herausfordernde Vorlage über die Gesamtverpachtung der Güter abgelehrt werden mußte. Gegen die Schulgeldstaffelung unternahmen die nicht stark vertretenen Fraktionen der Rechten den Versuch, die Abstimmung zu hintertreiben. Sie konnten die Annahme des gemeinsamen Antrages der beiden sozialistischen Fraktionen nicht hindern, aber nachher gaben sie ihren Protest gegen die angeblich geschäftsordnungswidrige Abstimmung zu Protokoll. Ein dringlicher Antrag der Kommunisten forderte Auszahlung höherer Vorschüsse auf Lohnzahlungen, wenn der Magistrat einem Schiedsspruch zustimmt, aber die Zustimmung der Stadtverordneten noch aussteht. Die Dringlichkeit wurde selbst von den Fraktionen der Rechten nicht bestritten, doch demonstrierten sie dadurch, daß sie größtenteils den Saal verließen. Mit den Kommunisten traten die Redner der beiden sozialistischen Fraktionen sehr entschieden für die in dem Antrag aufgestellte Forderung ein, deren Bewilligung besonders in der Ferienzeit und angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eine unabwendbare Notwendigkeit ist. In der Debatte kam zur Sprache, daß in solchen Dingen der Geschäftsgang bei den Gemeindebehörden während der Ferien überhaupt ein leichter sein und der Magistrat mehr freie Hand haben müßte. Der Kammerer verlangte, daß dann der Magistrat auch die Befugnis erhält, sich die entsprechenden Mehreinnahmen zu verschaffen. Er betonte, daß die finanzielle Katastrophe, von der Berlin gleich den meisten anderen Gemeinden bedroht sei, nicht durch die Lohnforderungen, sondern durch die Geldentwertung verursacht wird. Ueber einen Antrag der Demokraten, die dem Magistrat freie Hand für Tarifserhöhungen geben wollten, berieten die Fraktionen im Ausschuss. Das Ergebnis war ein von allen Fraktionen unterstützter und einstimmig angenommener Antrag, der den Arbeitern die höheren Vorschüsse sichert und dem Magistrat die Möglichkeit entsprechender Einnahmestärkung geben soll. Die in der Stadtverordnetenversammlung ganz ungewöhnliche Einigkeit, mit der dieser Beschluß so rasch zustande gebracht wurde, verdient unterstrichen zu werden.

Die zu gestern einberufene Ferienfözung war in erster Linie notwendig geworden, um über die Verpachtung der städtischen Güter und über die Frage der Schulgeldstaffelung eine Entscheidung der Versammlung herbeizuföhren. Hinsichtlich der Güterverpachtung bleibt indessen einstweilen alles in der Schwebe, da auf Verlangen der Linken der Gegenstand sofort von der Tagesordnung wieder abgehrt wurde. Die Frage der Stafflung des Schulgeldes nach sozialen Gesichtspunkten war schon in der letzten Sitzung diskutiert worden; es stand nur noch die Abstimmung aus.

Zu Beginn der Sitzung widmete der Vorsteher-Stellvertreter Staatssekretär a. D. Meyer dem am Dienstag im 75. Lebensjahre verstorbenen Journalisten und Gerichts- und Stadtverordnetenversammlungsberichterstatter Oskar Thiele einen ehrenden Nachruf, den die Versammlung lebhaft anhörete. Er rühmte dem Dahingegangenen nach, daß er sich in einer beinahe 50jährigen Tätigkeit durch seine objektiven und stets wahrheitsgetreuen Berichte die Achtung aller Teile der früheren wie der jetzigen Versammlung erworben habe; die Versammlung werde ihm ein treues, dankbares Andenken bewahren.

Zur Annahme kam ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, den Magistrat um eine Zuwendung von 10 000 M. an den „Proletarischen Gesundheitsdienst“ für seine Dienstleistung bei dem Eisenbahnunglück vom 27. Juni zu ersuchen.

In der Frage der

### Schulgeldstaffelung

wurde zunächst nach einer im Ausschuss getroffenen Verabredung außerhalb der strikten Schranken der Geschäftsordnung noch ein

Verfuch gemacht, zu einer Verständigung über die einander gegenüberstehenden Anträge der Bürgerlichen und der vereinigten Sozial- und U. Soz. zu kommen. Der Versuch schlug fehl, und bei der mangelhaften Befugnis der Wänke auf der Rechten erhielt der (im „Vorw.“ schon ausführlich mitgeteilte) Antrag Dr. Wegl-Dr. Rohmann-Dr. Löwenstein die Mehrheit. Vor der Abstimmung hatte die Rechte noch den verabschiedeten Versuch gemacht, die Abstimmung zu verhindern, indem sie sich auf eine Geschäftsordnungsbestimmung berief, wonach in den Ferien Abstimmungen bei einem von 15 Mitgliedern unterstützten Widerspruch zu unterbleiben haben; nachher gaben die Bürgerlichen gegen den gefassten Beschluß einen entsprechenden formellen Protest zu Protokoll.

Die Erhöhung der Parlöhne der städtischen Gutsarbeiter und der Löhne der Guts- und Forstarbeiter ab 1. Juni 1922 wurde nach den Magistratsanträgen bewilligt.

Die Grundsätze für die Gewährung von Ruhesold an Lehrer und Lehrkräfte von Privatschulen wurde von Keller (Soz.) angebrachtermaßen beanstandet und der Antrag der Rechten auf Ausschussberatung mit 89 gegen 68 Stimmen abgelehnt; der zweiten Fassung widersprach jedoch die Rechte, so daß auch dieser Gegenstand neben zahlreichen anderen gestern in der Schwebe blieb.

Die Vorlage wegen Erhöhung der Verpflegungssätze in den Heimstätten wurde mit der Maßgabe beschloffen, daß Selbstzahler mit den halben Sätzen davonkommen, sobald ihr Einkommen 50 000 (Vorlage 35 000) Mark nicht übersteigt.

Das Hauptinteresse beanspruchte ein erst im späteren Verlaufe der Sitzung von den Kommunisten eingebrachter Dringlichkeitsantrag, den

### Rädtischen Arbeitern und nichtständigen Angestellten höhere Vorschüsse

auf die bewilligten Lohnzulagen usw. auszusuchen. Dieser Antrag führte zu einer allgemeinen kommunalpolitischen Debatte von großer prinzipieller Tragweite. Sein Ursprung führt auf den Umstand zurück, daß nach dem Abschluß der verschiedenen Lohnbewegungen der Arbeiter usw. Vorschüsse von 70 oder 80 Prozent gezahlt worden sind, daß diese Vorschusszahlungen ganz erheblich nachgelassen haben, daß noch heute aus Februar Rückstände vorhanden sind, daß die absolute Höhe der Monatsentlohnungen allmählich völlig unübersichtlich geworden ist und daß diese Unsicherheit angesichts der katastrophalen Geldentwertung und der neuesten, demnächst zur Verhandlung gelangenden Forderungen ins Unerträgliche zu wachsen droht. Der Kammerer erkannte zwar die Berechtigung des Antrags an, lehnte aber ab, eine Verpflichtung für den Magistrat für die 1—2 Monate betragende Ferienzeit der Versammlung Ausgaben ohne entsprechende Einnahmen für die Stadtkasse zu übernehmen; wolle man das eine, so müsse man dem Magistrat auch nach der Seite der Einnahmen weitere Befugnisse geben. — Dr. Wegl (U. Soz.) gab dem Kammerer anheim, sich nach dem Muster des Landtages und Reichstages in der Ferienzeit einen ständigen Ausschuss der Versammlung beizugesellen, um deren Vorschlag fähig zu können. — Der Kammerer gab im weiteren Verlauf der Erörterung eine äußerst pessimistisch gehaltene Schilderung von der Lage der

### Finanzen Berlins und aller städtischen Kommunen.

es sei nicht abzusehen, wie diese auch nur über den 1. Oktober hinwegkommen sollten. — Inzwischen war von den Demokraten ein Antrag eingeleitet, den Magistrat zu ermächtigen, die Tarife der Straßenbahn und der Werke dem durch neue Schiedssprüche oder Vergleiche bedingten Bedürfnis entsprechend zu erhöhen; zur Beratung über diesen Antrag trat auf Beschluß der Versammlung um 10 Uhr der Ausschuss zusammen, der der inzwischen vertagten, um 10 Uhr wieder eröffneten Versammlung einstimmig vorschlug, den kommunistischen Antrag anzunehmen, aber außerdem zu beschließen, daß die Versammlung den Haushaltsauschuss ermächtigt, in Uebereinstimmung mit dem Magistrat zu beschließen, daß zur Deckung der durch Vergleiche oder Schiedssprüche bewilligten Lohn- usw. Erhöhungen die laufenden Einnahmen soweit gesteigert werden, wie es für diesen Zweck unbedingt nötig ist. Die betreffenden Beschlüsse sind der Versammlung unverzüglich nach

ihrem Wiederauftreten vorzulegen; bei etwaiger Verlegung der Genehmigung wird ihre Gültigkeit bis dahin nicht berührt. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen, nachdem ein Antrag von Knüppel-Kunze, der ein Konfusultra von Demagogie darstellte und für den sich Herr Kunze von Zimmermann (U. Soz.) eine gründliche Abfuhr geholt hatte, gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt war. Schluß nach 10 Uhr.

### Für den König gefallen!

#### Junkerübermut vor den Toren Berlins.

Der Berliner Borort Zehlendorf hat sich schon öfter durch reaktionäres Gebaren eines Teils seiner Bevölkerung unliebsam bemerkbar gemacht. Jetzt scheint diese Gesinnung auch in seiner Umgebung sich so unverfroren vorzudrängen, daß selbst die Pietät zu monarchistischen Kundgebungen mißbraucht werden. Beispielsweise hat in Klein-Machnow, einer an Zehlendorf grenzenden kleinen Gemeinde, ein Komitee für die Errichtung eines Denkmals der sechzehn im Kriege gefallenen Ortsangehörigen den Beschluß gefaßt, von diesen Kriegssopfern, unter denen sich auch Republikaner und Sozialdemokraten oder Söhne von solchen befinden, in der Inschrift des Denkmals zu sagen:

„In Gott für König und Vaterland gaben ihr Leben . . .“

Dieser Beschluß wurde trotz eines dagegen gerichteten Protestes und trotzdem das Denkmal aus allgemeinen Selbstanstellungen im Orte zustande gekommen ist, aufrechterhalten. Und der Stadtkonze Jochem von Hale erklärte, die von ihm erteilte Zusage, das Denkmal auf dem Platz vor der Kirche in Klein-Machnow aufstellen zu lassen, nur unter der Bedingung zu halten, daß jene Inschrift in unverändertem Wortlaut angebracht würde. Sein Verhalten und das Benehmen des Komitees ist eine Vergewaltigung jener Bewohner von Klein-Machnow, die zu dem Denkmal niemals beigefeuert haben würden, wenn sie gehnt hätten, daß es zu einer politischen Demonstration ausgebeutet werden würde; es ist auch Vergewaltigung derjenigen Gefallenen, die sich für die Verteidigung des Vaterlandes, aber nicht für den König geopfert haben, der es wahrlich nicht verdient, und es ist eine Demonstration gegen die Republik, die nicht gebudet werden darf. Wir erwarten, daß die zuständigen Behörden dem Unfug steuern und die in jener Inschrift liegende Provoaktion verbieten werden.

### Neue Verhaftung zum Fall Kähne.

Der frühere Förderer Lacher des Herrn v. Kähne ist am gestrigen Donnerstag auf seiner jetzigen Arbeitsstelle in der Lausitz verhaftet und in das Potsdamer Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Seine Vernehmung durch den Untersuchungsrichter soll alsbald erfolgen. Lacher hat sich von seinem früheren Brotherrn übrigens in Unfrieden getrennt. Er wurde im letzten Winter von Herrn v. Kähne Knall und Fall entlassen, weil er bei Holzverkäufen auf dem Gut Beyow von den Wächtern höhere Preise gefordert hatte, als sie ihm von Herrn v. Kähne vorgeschrieben waren. Weber Lacher noch der Betriebsrat des Gutes haben damals gegen diese plötzliche Entlassung Einspruch erhoben. Kähnes Sohn, Karl v. Kähne jun., ist gestern vor dem Potsdamer Untersuchungsrichter eingehend vernommen worden. Er gab an, daß er im Frühjahr vorigen Jahres, also zur Zeit des Berchwindens des jungen Lache, sich in Schließeln aufgehalten habe, wofür er über ein halbes Jahr geblieben sei. Kähne jun. hat sich bekanntlich mit seiner Familie überworfen und hat gegen eine hohe Abfindungssumme auf alle ihm aus dem Fideikommiss zustehenden Rechte verzichtet. Er wohnt augenblicklich in der freigeordneten Wohnung eines von Werber verfertigten Landjägers. Die Aufhebung des Termins gegen den von Kähne auf Grund seiner Nachrichten über die Wäre Nietert verhafteten Redakteurs Seelig der „Brandenburger Zeitung“ erfolgte übrigens aus dem Grunde, weil die Strafakten gegen Kähne nicht zur Stelle waren.

### Die Telephonzelle als Expresserdepot.

Gemeingefährliche Expressungen hat der Schauspieler Wilhelm Fischer verübt, gegen den gestern die Ferienprokammer des Landgerichts II zu verhandeln hatte. — Der Angeklagte hatte sich erst im Februar d. J. wegen einer ganz ähnlich liegenden Expressung in Gemeinschaft mit einem Schauspieler Knaut vor Gericht zu ver-

## Der Ruf durchs Fenster.

58] Roman von Paul Frank.

„So wird es am besten sein,“ sagte Herr Ludolin und verschob einen Nadelhebel, der auf einem Rahgoniplättchen montiert war, das neben dem Telephon stand. „Jetzt habe ich den Apparat ausgehalten, und wir haben keine Unterbrechung mehr zu befürchten.“

Jordan hatte sich breitbeinig vor dem Schlafenden hingestellt. „Hören Sie mich?“ fragte er laut und vernehmlich.

Eine Pause entstand, die Rippen des jungen Mannes bewegten sich, ohne daß ein Laut hörbar wurde; endlich sagte er stoßweise stammelnd: „Ich höre.“

„Sie werden mir auf meine Fragen eine deutliche, klare Antwort geben!“ befahl Doktor Jordan. „Sie werden nur die reine Wahrheit sprechen! Nicht wahr?“

„Ich werde die Wahrheit sprechen . . .“ sekundierte der Schlafende.

„Sie sind doch bisher ein ungescholtener Mensch gewesen?“ Die Züge des jungen Mannes verzerrten sich, er ballte die Fäuste, begann die Knie hochzuziehen und schien von einem Krampf befallen zu sein.

„Ich weiß, worauf Sie anspielen,“ fuhr der Arzt fort. „Wir wollen diesen Fall jedoch ausnehmen. Haben Sie sich mit Ausnahme dieser Entgleisung jemals etwas zuschulden kommen lassen?“

„Nein,“ antwortete der Schlafende, und schüttelte zur Bekräftigung heftig mit dem Kopf.

„Bereuen Sie Ihre Tat?“

Darauf erfolgte vorerst keine Antwort, obwohl der Arzt eine ziemlich lang andauernde Pause eintreten ließ.

„Fühlen Sie sich schuldig, Richard Falkin?“ sagte Jordan die Fragestellung fort.

„Nein.“

„Haben Sie die Tat freiwillig, das heißt aus eigenem Antrieb begangen?“

„Nein.“

„Sind Sie genötigt worden, den Diebstahl zu begehen?“

Atemlose Stille herrschte im Raum; Garbisländer, dessen Herz stürmisch klopfte, stand neben dem Arzt und hatte den Blick auf die Lippen des Schlafenden gerichtet.

„Nein . . .“ antwortete dieser.

Doktor Jordan sah die Enttäuschung, die sich auf dem Gesicht des jungen Schriftstellers malte.

„Hat Sie also niemand gezwungen?“ fragte er.

„Nein,“ antwortete dieser. „Man hat mir einen Rat gegeben . . .“

„Welchen Rat . . .?“ fragte Garbisländer, der seiner Erregung nicht mehr Herr zu werden vermochte.

Jordan wiederholte die Frage.

„Er hat mir zugeredet . . .“ sagte Falkin . . . „er hat sanft und schmeicheleisch zu mir gesprochen . . . wie nie ein anderer zuvor . . . Ich habe ihm zugehört, weil ich nicht anders konnte . . . Ich mußte einfach auf ihn hören . . .“

„Wer hat Ihnen zugeredet?“

„Das weiß ich nicht.“

„Sie kennen seinen Namen nicht?“

„Nein.“

„Haben Sie den Namen vergessen?“

„Nein.“

„Hat er seinen Namen nicht genannt?“

„Nein!“

„Haben Sie ihn darum nicht gefragt?“

„Nein.“

„Weshalb haben Sie das nicht getan?“

„Ich habe bloß zugehört. Ich hatte keinen anderen Wunsch, als zuhören zu dürfen . . .“

„War es ein Mann oder eine Frau?“

„Ein Mann.“

„Würden Sie ihn wiedererkennen?“

„Ja . . . aber . . .“ Er streckte die Hände weit von sich, und ein jämerlicher Zug kerkte sich um seinen Mund. „Ich will ihn nicht mehr sehen . . . nicht mehr hören . . .“ setzte er, erschauernd, hinzu.

„Haben Sie den Mann früher einmal gesehen?“

„Nein.“

„Denken Sie nach.“

„Niemals vorher.“

„Wo haben Sie ihn kennengelernt?“

„Auf der Straße.“

„Wo?“

„Vor dem Bankgebäude.“

„Zufällig?“

„Er hat auf mich gewartet und mich angesprochen.“

„Und dann?“

„Sind wir zusammen gegangen.“

„Wohin?“

„Zu ihm.“

„Sie waren in seiner Wohnung?“

„Ebendort.“

„Was habt ihr dort getan?“

„Tee getrunken.“

„Außerdem?“

„Beplaudert.“

„Er hat gesprochen?“

„Ich habe zugehört.“

„Wollen Sie uns eine Beschreibung des Mannes geben, den Sie nach Hause begleitet, bei dem Sie Tee getrunken haben?“

Der Schlafende erhob sich blüschnell von seinem Stuhl, hob die Arme hoch, um die Größe zu bezeichnen, beschrieb hierauf mit den beiden ausgestreckten Zeigefingern die Umrislinien eines menschlichen Körpers, und ließ sich, als er die Zeichnung vollendet hatte, steif wieder auf den Stuhl fallen.

Da der Arzt das Verhör fortsetzen wollte, legte der Schriftsteller seine Hand auf die Schulter des Arztes, so daß dieser verwundert innehielt.

„Ich bitte um Vergebung, Herr Doktor,“ sagte Garbisländer, „aber ich glaube doch, daß die Fragen, die uns unserem Ziel zwar bedeutend nähergebracht haben, uns bestenfalls auf einem Umweg dahin führen könnten, so daß ich mir als gleichfalls abgekürztes Verfahren in Vorschlag zu bringen erlaube, unser Medium in posthypnotischen Zustand zu versetzen, nachdem Sie ihm vorher anbefohlen haben, daß er uns, die wir hier versammelt sind, dorthin führt, wo ihm der Tee vorgelegt worden ist . . .“

„Einkerkanden.“ sagte der Arzt.

„Glauben Sie, daß er darauf eingehen wird?“ flüsterte der Banddirektor.

„Hören Sie, Richard Falkin,“ wendete der Arzt sich an den Schlafenden.

„Ich höre,“ antwortete dieser.

„Sie werden in genau zehn Minuten, um drei Uhr vierundzwanzig Minuten also, erwachen, das heißt, die Augen aufschlagen und uns hierauf in die Wohnung des Ihnen unbekanntes Mannes führen, der Sie in seine Behausung mitgenommen hat. Haben Sie mich verstanden?“

„Ich habe verstanden.“

„Werden Sie gehorchen?“

„Ich werde gehorchen.“

„Kennen Sie den Weg?“

„Ganz genau.“

(Fortsetzung folgt.)

antworten, und wer damals zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Unmittelbar nach dieser Verurteilung verübte er die jetzt zur Auflage schwebende Erpressung. Der Besitzer des Seebades Mariendorf erhielt eines Tages einen anonymen Brief, in welchem er aufgefordert wurde, am nächsten Tage zu einer bestimmten Zeit die Summe von 10 000 Mark unter das in der Telefonzelle am Wittenbergplatz liegende Telefonverzeichnis zu legen, andernfalls sofort der Steuerbehörde mitgeteilt werden würde, wo er den von ihm auf schlechtem Wege erworbenen Wein verborgen habe. Eine Veranlassung der Kriminalpolizei habe keinen Zweck, da er auf Schritt und Tritt beobachtet werde. Der Erpresser wählte den sehr einfachen Weg und legte sich telefonisch mit der Kriminalpolizei in Verbindung, um die möglicherweise wirklich vorhandenen Beobachter zu täuschen. Als Ankauf in der Telefonzelle erschien und die 10 000 Mark abholen wollte, wurde er verhaftet und gab an, daß Fischer ihm den Brief diktiert habe. — Ankauf erhielt kürzlich eine Zusatzstrafe von einem Jahre, während Fischer gestern milder davonkam, da ihr das Gericht auf ein im Felde erlittenes Nervenleiden nur zu fünf Monaten Gefängnis zufällig verurteilte.

### Wie man durch falschen Draht zu „Draht“ kommt.

Ein origineller Gaunerstreich, durch welchen zahlreiche Geschäftsleute um viele tausend Mark geschädigt worden waren, hatte gestern ein Nachspiel von der Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Angeklagt wegen Betruges war der Installateur Ernst Ringel. Der Angeklagte hat es verstanden, die Hochkonjunktur in den von vielen Branchen so stark begehrten elektrischen Kupferleitungsdrähten für sich in sehr lukrativer Weise auszunutzen. Er kaufte den sogenannten Kriegsdraht, d. h. Stahldraht, Zink- oder Aluminiumdraht, welcher von der Verwertungsgesellschaft in großen Posten auf den Markt geworfen wurde und brach, ohne die sogenannte Bespannung zu versehen, ein etwa einen halben Meter langes Stück von den beiden Enden der Drahtrolle ab. In die nun hohle Umspinnung schob er vorsichtig ein Stück richtigen Kupferdrahts derselben Stärke hinein, so daß es den Anschein hatte, als ob die ganze Rolle aus Kupferdraht bestehe. Mit diesen „gefälschten“ Drahtrollen machte R. bei den Luftkäufern von Elektromaterialien ein gutes Geschäft, da er den „Kupferdraht“ sehr billig anbot. — Wegen gleichartiger Schwindelereien ist R. kürzlich zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Wegen der nachträglich zur Anzeige gelangten Fälle erkannte die Ferienstrafkammer jetzt auf eine Zusatzstrafe von neun Monaten Gefängnis.

### Was nicht die Liebe tut.

Eine Frau aus Schlesien, deren Eltern gestorben waren, kam nach dem Verkauf der Götter- und Landwirtschaft mit 90 000 Mark Erbschaft nach Berlin. Hier lernte sie einen gewissen Vinzenz Nawroth kennen und verliebte sich in ihn. Der Dank für alle Güte, die sie ihm erwies, war der, daß er sie wiederholt mißhandelte. Nachdem sie ihn trotzdem noch neu eingekleidet hatte, verschwand Herr Nawroth mit 65 000 Mark, dem Rest ihres Erbes. Jetzt kam die Frau zur Kriminalpolizei und klagte ihr Leid. Die Beamten fanden auch eine Spur des Flüchtigen, die nach Breslau führte. So gelang es jetzt, ihn in Großwartenberg festzunehmen und mit ihm eine Begleiterin. Diese aber entpuppte sich zu allgemeiner Ueberraschung als die von ihm bestohlene Frau aus Schlesien. Auch sie hatte keine Spur gefunden, fuhr ihm eilig nach, verführte sich mit ihm und bereut jetzt, ihn angeheiratet zu haben. Das kann ihm aber nun nicht mehr helfen.

### Gegen die Raumnöte.

Der Reichsarbeitsminister hat an die Regierungen der Länder unter dem 13. Juni 1922 ein Rundschreiben gesandt, in dem unter anderem folgendes gesagt ist:

„In der Presse ist in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Eröffnung von Vergnügungstätten (Dielen, Bars, Nachtcafés, Spielclubs usw.) in größeren Städten überhand nehme und daß sie vielfach in Räumen eingerichtet seien, die als Wohnräume oder zur Unterbringung anderer Gewerbebetriebe Verwendung finden könnten. Die Vermehrung dieser Vergnügungstätten halte ich mit Rücksicht auf den Mangel an Wohnungen und gewerblichen Räumen für durchaus unerwünscht und gestatte mir, noch besonders darauf hinzuweisen, daß auch der Reichsrat bei der Ablehnung des Entwurfs eines Gesetzes gegen Schlemmerei in einer Entschließung Maßnahmen gegen die fortschreitende Umwandlung von Wohn- oder gewerblichen Räumen in Luxusgaststätten gefordert hat. Ich wäre daher dankbar, wenn die Wohnungsämter auf die bestehenden Mißstände nachdrücklich hingewiesen und veranlaßt würden, die Genehmigung von Mietverträgen zur Unterbringung derartiger Betriebe regelmäßig dann zu verweigern, wenn die Räume für wohnungsuchende Personen oder für andere, volkswirtschaftlich wichtigere Gewerbebetriebe Verwendung finden können, oder in Ausnahmefällen die Genehmigung nur zu erteilen, wenn ein Geldbetrag zur Herstellung entsprechender neuer Wohn- oder Geschäftsräume gezahlt wird. Ferner würde ich es für zweckmäßig halten, wenn gegen derartige Betriebe, soweit sie ohne Genehmigung der Wohnungsämter Räume innehaben, tatkräftig vorgegangen werden würde, und wenn sie zur Freimachung gezwungen würden. Sollten die bestehenden Anordnungen nicht ausreichen, um ein erfolgreiches Vorgehen zu ermöglichen, so bin ich grundsätzlich bereit, zu notwendigen Änderungen der Vorschriften meine Zustimmung zu erteilen.“

### Absperrung der Wasserlieferung.

Der Magistrat hat in der letzten Sitzung die Frage der Absperrung der Wasserlieferung dahin erledigt, daß das Recht der Wasserabsperrung, das auch in den neuen Wasserlieferungsbedingungen für die neu gebildete Verwaltung der Gesamtwasserwerke der Stadtgemeinde vorgelesen ist, den Wasserwerten vorbeibehalten muß, wenn nicht schwerwiegende Störungen in der Wassergeldentziehung eintreten sollen. Die Verwaltung der Wasserwerke soll daher berechtigt sein, die Absperrung anzudrohen. Zur Ausführung der Absperrung bedarf es jedoch eines Beschlusses des Magistrats.

Die Front der republikanischen Jugend. Der Deutsche Demokratische Jugendverein Groß-Berlin beschäftigte sich in einer gut besuchten Mitgliederversammlung mit der politischen Lage. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: Die Ereignisse der letzten Wochen haben erneut die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der deutschen republikanischen Jugend bewiesen. Die demokratische Jugend ist gewillt, unbekümmert um politische oder parlamentarische Arbeitsgemeinschaften die Zusammenarbeit mit der Arbeiterjugend und den Jungsozialisten in möglichst enger, zuverlässig republikanischer Arbeitsgemeinschaft fortzusetzen.

Jungsozialisten. Arbeitsauschussung heute nachmittags 5 Uhr im Landtag, Zimmer 51, Prinz-Albrecht-Straße.

### Die juristische Sprechstunde findet heute nur von 3 bis 5 Uhr statt.

Feste Preise für Schokolade, Kakao und Pralines. Nachdem der gesetzliche Zwang zum Preisaufrud kürzlich gegen den Widerstand der Verbraucherschaft beseitigt worden ist, hat die letzte Haupt-Versammlung Deutscher Schokoladen- und Kakao-Fabrikanten mit überwiegender Mehrheit beschlossen, zum Schutze der Konsumenteninteressen an dem Preisaufrud auf den Packungen für Schokolade, Kakao und Pralinen festzuhalten, durchaus in Uebereinstimmung mit einem erheblichen Teil der realen, sich ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe bewußten Händlerchaft.

Die Ost-Früchtlinge veranstalten am Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftsbaues, Engelauer 24/25, eine Protest-Versammlung. Tagesordnung: 1. Protest gegen die engberzige Auslegung der Verdrängungseigenschaft. 2. Wobon wird die Darlehensgewährung abhängig gemacht? 3. Die Kollagen der Verdrängten und das Entschädigungsverfahren. 4. Freie Aussprache.

## Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkshilfsamt Reinickendorf. Ein städtisches Volkstheater des Bühnen-Vereins unter Leitung von Camillo Hildebrandt findet am Freitag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr in Berlin-Reinickendorf-Ost, Hubertus-Straße, statt. Karten zu 5 Mark sind an den bekannten Stellen und an der Abendkasse zu haben. (Langweilen von Strauß, Johnsons u. a.)

Wegweiser durch das politische Berlin nennt sich ein vom Volksmajor Hans vom Volkehrbüchlein im Verlag von E. Gersmann, Berlin W 10, herausgegebenes Büchlein, das in erschöpfender und sehr geistvoller Weise ein außerordentlich brauchbares Nachschlagewerk darstellt. Zunächst leitet man die Einteilung der gesamten Berliner Polizei mit Stadtdiam, Kesslern, Revieren und Wachen kennen. Sodann folgen die Adressen sämtlicher Berliner Bezirksämter mit Feuerwachen, Mietvermittlungsämtern, Wohnungsstellen und Wohnungsinpektionen, ferner ein Verzeichnis der Finanzämter und Steuerstellen Groß-Berlins und schließlich eine ganz vorzügliche Auskunft über die wichtigsten politischen und rechtlichen Fragen des täglichen Lebens, das unbedingt erweitert und ausgebaut werden sollte. Kurz, ein Büchlein, das unentbehrlich ist.

Die Haftung der Sparkassen und Girozentralen. Neuerdings wird in weiten Kreisen die Behauptung verbreitet, daß die volle Haftung der Sparkassen seitens der Gemeinden aufgehoben worden sei, und daß sich hierdurch auch die Sicherheitsgrundlagen der Girozentralen im beträchtlichen Maße geändert hätten. Die Behauptung, die geeignet ist, das Vertrauen zu den Sparkassen und Girozentralen zu beeinträchtigen, ist unzutreffend. An der Haftung der Kommunalverbände der Sparkassen und Girozentralen gegenüber hat sich bisher nichts geändert.

### Arbeiterport.

Arbeiter-Radsport-Club „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin. 1. Abfahrt: Rüdersdorf 5 Uhr, Schminke 1 Uhr. Abfahrt: Berlin, Start Sonntag, den 22. abends 6 Uhr. Start Sonntag, den 23., früh 4 Uhr.

### Sport.

Kennen zu Grunewald am Donnerstag, den 20. Juli.  
1. Rennen. 1. Belgrade (Freytag), 2. Rimor (Schulz), 3. Gall-doff II (Mühl). Tot: 38:10, Pl: 15, 15, 10. Ferner liefen: Olga, Steindorger (gef.), Garbas-Rüchlin, Mikael, Parma II.  
2. Rennen. 1. Edume nicht (Mastenberg), 2. Vera (D. Schmidt), 3. Landknecht (Cieslitz). Tot: 104:10, Pl: 21, 17, 20:10. Ferner liefen: Portala, Heßberg, Valanto, Palmisthagen, Rostimer, Cicero II, Reford, Juan Jang, Siens, Nevanke.  
3. Rennen. 1. Armenier (Zehfisch), 2. Einspruch (D. Ranz), 3. Abschlag (D. Schmidt). Tot: 70:10, Pl: 21, 14:10. Ferner liefen: Wildschind, Traudl.  
4. Rennen. 1. Paulus (Wismar), Serenata (Gordler), 3. Trug-schlag (P. Lewald). Tot: 111:10, Pl: 22, 14:10. Ferner liefen: Ritter, Bianchi, Sinna, Joanne.  
5. Rennen. 1. Arenilla (D. Schmidt), 2. Wolfram III (G. Janc), 3. Hampelmann (Tarras). Tot: 23:10, Pl: 13, 15:10. Ferner lief: Cola Bianca.  
6. Rennen. 1. Holbar (P. Lewald), 2. Algeba (Rardel), 3. Hagel-schlag (D. Hellenhausen). Tot: 89:10, Pl: 20, 11, 23:10. Ferner liefen: Merleberg, Damade, Pan Demon, Rellingau, Jontafce, Sanft Martin (gef.), Top Zwei.  
7. Rennen. 1. Kleinweil (Cieslitz), 2. Abendsturm (Guguenin), 3. Gumbel (D. Schmidt). Tot: 107:10, Pl: 20, 21, 18:10. Ferner liefen: Reduta, Anarchist II, Ramalok, Pantenflügel, Drehschritter, Last, Jodler, Dagobert.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 21. Juli:

1. Kreis. Friedrichshain. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Treffpunkt der Kinder und Beiratsrat und Komrat nach Treptow am Freitag, den 21. Juli, mittags 1 Uhr. Andreasplatz, Badensplatz. Spielzeuge: Truntes, Ritzsch, Donnerstag, Freitag von 2-7 Uhr.  
7. Kreis. Charlottenburg. 8 Uhr Sitzung des Ortsauschusses für Arbeiter-wahlrecht im Rathaus, Zimmer 1. Sammelstellen und Sachverständige für Parteien-toleranz mitbringen.  
9. Kreis. Wilmersdorf. 8 Uhr Sitzung des erweiterten Bildungsausschusses bei Postamt, Reinickendorfer Platz.  
126. Abt. Reinickendorf-Ost. 7½ Uhr bei Lindstedt, Rehdorfer, 126/121. Funktionärs-sitzung. — Fortsetz. um 6½ Uhr Sitzung des engeren Vorstandes.

Morgen, Sonnabend, den 22. Juli:

7. Kreis. Charlottenburg. Von 5 bis 7 Uhr im Arbeiterjugendheim, Rosenen-straÙe 4, d. l. Sprech- und Lesestunden der freien Schulgemeinde Char-ottenburg. Unentgeltlicher Rat und Auskunft in allen Schulfragen.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Allen Mitgl. wird in den heißen Sommermonaten empfohlen, einen Wechsel in der Rinderernährung einzutreten zu lassen durch Zufüge von Dalmat-Spelt-gries. Wir verweisen auf die Anzeige in vorliegender Nummer.

## Wirtschaft

### Die Verschuldung der Entente untereinander.

Im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz der Ministerpräsi-denten Englands und Frankreichs, in der das Reparationsproblem und das damit in engstem Zusammenhange stehende Problem der interalliierten Verschuldung die Hauptberatungsgegenstände bilden werden, gelangen jetzt authentische Ziffern über das Ausmaß der gegenseitigen Verschuldung zwischen den alliierten und assoziierten Regierungen zur Veröffentlichung. Diese Ziffern sind, wie hervorgehoben werden muß, Schätzungsziffern, stützen sich aber auf die besten und erst in allerjüngster Zeit zugänglich gewordenen Quellen, so daß sie als maßgeblich angesehen werden können.

### Schulden der Alliierten an Amerika.

Es schuldeten den Vereinigten Staaten:		Kapital	bis zum 31. 12. 21 nicht bezahlte und nicht kapitalisierte Zinsen
Belgien	847 700 000 Doll.	42 700 000 Doll.	
Ruba	8 100 000	—	
Tschechoslowakei	61 300 000	7 100 000	
Frankreich	2 950 800 000	357 900 000	
Großbritannien	4 166 300 000	509 200 000	
Griechenland	15 000 000	—	
Italien	1 646 000 000	202 800 000	
Rumänien	23 200 000	2 800 000	
Ungland	187 700 000	23 500 000	
Serbien	26 200 000	3 800 000	

Insgesamt beläuft sich die alliierte Verschuldung gegenüber Amerika auf 10,150 Milliarden Dollar mit einem Zinsgesamtbetrag von 1,172 Milliarden Dollar.

### Die Verschuldung an England.

Es schuldeten am 31. März d. J. aus Kriegsanleihen:	
Rugland	655 000 000 Pfd. Sterl.
Frankreich	584 900 000
Italien	503 000 000
Jugoslawien	25 000 000
Portugal, Rumänien, Griechen-land u. andere Alliierte	67 000 000
Insgesamt	1 834 900 000 Pfd. Sterl.

Aus Hilfs- und Wiederaufbauanleihen:	
Österreich	12 100 000 Pfd. Sterl.
Polen	3 900 000
Rumänien	2 200 000
Jugoslawien	2 000 000
andere Staaten	1 000 000
Insgesamt	21 200 000 Pfd. Sterl.

Belgische Wiederaufbauanleihe 9 000 000 Pfd. Sterl.  
Andere Anleihen: Armenien 829 000 Pfd. Sterl., Tschecho-slowakei 2 000 000 Pfd. Sterl.

Die Gesamtverschuldung an Großbritannien unter Ein-rechnung der Schuld der Dominien von rund 150 Millionen Pfund Sterl. beläuft sich auf rund 2 Milliarden Pfund Sterl.

### Die Verschuldung Englands.

Nach dem Stande vom 31. März d. J. schuldet England an	
Amerika	856 008 000 Pfd. Sterl.
Kanada	25 380 000
Japan	3 000 000
Straits Settlements	7 656 000
Mauritius	588 000
andere alliierte Regierungen	128 000 000
Insgesamt	1 020 647 000 Pfd. Sterl.

### Verschuldung an Frankreich.

Es schuldeten am 31. März an Frankreich	
Rugland	5 939 000 000 Franc
Belgien	3 654 000 000
Serbien	1 795 000 000
Rumänien	1 181 000 000
Griechenland	801 000 000
Polen	1 036 000 000
Tschechoslowaki	574 000 000
Italien	49 000 000
Schiedene	42 000 000
Insgesamt	15 181 000 000 Franc

### Verschuldung Frankreichs.

Frankreich schuldet am 31. März an	
Großbritannien	584 000 000 Pfd. Sterl.
Amerika	2 950 000 000 Doll.
Japan	133 000 000 Yen

Für Italiens und Belgiens Gesamtverschuldung fehlen die Ein-zelziffern, auch sind die darüber bestehenden Statistiken teilweise sehr widersprechend.

Nach den obigen Angaben ist Amerika mit 40,85 Milliarden Goldmark, England mit 37,47 Milliarden Goldmark Gläubiger der übrigen Entente, und zwar schuldet Frankreich allein an diese beiden Staaten 24,32 Milliarden Goldmark, wozu die Amerika noch die aufgelaufenen Zinsen mit weiteren 1,5 Milliarden kommen. Frankreich weigert sich bekanntlich, einer vernünftigen Regelung dieser Schulden sein militärisches Prestige zu opfern und läßt lieber einen erheblichen Teil der deutschen Zahlungskraft von militärischen Schmorjohern im Rheinland durchbringen, als daß es ernsthaft an eine Abrüstung dächte, die die Voraussetzung zu einem internationalen Schuldenausgleich schaffen würde.

Eisenbahn und Wasserstraßen. Die volkswirtschaftlichen Gefahren zu niedriger Eisenbahntarife gehen aus folgenden Mitteilungen der Bayerischen Rheinschiffahrtsgruppe in ihrem Geschäftsbericht hervor: Außerordentlich nachteiligen Einfluß übte die Eisenbahntariffpolitik aus; die in weiten Zeitaländen hinter den tatsächlichen Verhältnissen nachhinkende Anpassung der Eisenbahntarife an die allgemeine Teuerung stellte den aus der Friedenswirtschaft her gewohnten Grundsat, daß der Wasser-transport billiger sei als die Eisenbahnbeförderung, völlig auf den Kopf. Die Wasserstraßen waren das ganze Jahr hindurch wesentlich höher als die Eisenbahnfrachten, und als Folge davon vollzog sich eine starke Abwanderung des Verkehrs auf den Schienenweg. (Gleichzeitig zeterete die Industrie, die Eisenbahn werde den an sie gestellten Forderungen nicht gerecht. — D. Red.) Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Binnenschiffahrt ist unbedingt eine Verringerung oder Ergänzung unseres Eisenbahntariffsystems erforderlich; von seiten der Binnenschiffahrt ist die Wiedereinführung der Wasserumschlagtarife, wie sie vor dem Kriege bestanden hatten, beantragt, jedoch bisher noch nicht verwirklicht worden. Die Aufstellung derartiger Tarife bildet eine Lebensfrage für die Rheinschiffahrt.

# Beim Nachfüllen von MAGGI Würze

achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Originalflasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als MAGGI Würze füllgehalten werden.



# Die Berliner Partei für Einigkeit.

## Hermann Müller zur politischen Lage.

In einer Funktionärskonferenz der Sozialdemokratischen Partei sprach Genosse Hermann Müller über die jüngsten politischen Ereignisse. Seine Ausführungen wurden, insbesondere als er von der Bildung der Arbeitsgemeinschaft mit den Unabhängigen und der in Aussicht stehenden Einigung der beiden sozialistischen Parteien sprach, von lebhaftem Beifall und Händeklatschen unterbrochen.

Hermann Müller

führte im einzelnen etwa folgendes aus:

Ich glaube, wir können als Sozialdemokratische Partei für uns in Anspruch nehmen, daß wir das Neueste geleistet haben, um den Wiederaufbau in Deutschland zu ermöglichen. Diejenigen, die immer wieder die Aufbaubarbeiten gestört haben, waren auf der anderen Seite zu finden. Die ersten Taten, die diese Arbeit störten, sind von nationalistischen Elementen ausgegangen, sie haben von der Ermordung Carels zu der Ermordung Rathenaus geführt. Es ist ja die Ermordung Erzbergers vorausgegangen, weil dieser sich mit seiner ganzen Kraft für den Wiederaufbau des deutschen Finanzsystems eingesetzt hat. Wer war Rathenau? Keiner der Unserigen. Er kam aus einer ganz anderen Atmosphäre. Seiner ganzen Abstammung, seiner Beschäftigung, seinem geistigen Wesen nach, gehörte er zu anderen Kreisen. Aber er war einer der wenigen Demokraten, die die Zeichen der Zeit verstanden haben. Er hat mir gesagt, als er das Buch von der Weimarer Tagung der Arbeiter-Jugend gelesen hatte, daß es

etwas ganz Neues und Schönes

für ihn gewesen sei. Und schließlich sind wir es gewesen, die ihm den Weg in die Regierung geebnet hatten. Wir haben seinerzeit darauf verzichtet, das Ministerium, das er innehatte, zu besetzen, weil wir wußten, daß er ein Mann war, der die Fäden zu knüpfen verstand. Er hat es auch verstanden, gerade mit den dem deutschen Volke nicht freundlich gesinnten Kreisen zu verhandeln, und das Rathenau-Voucheur-Abkommen trägt seinen Namen. Wer die allerletzten Nachrichten über das Garantie-Abkommen verfolgt hat, weiß ja, wie wir

abhängig sind von dem Verträge von Versailles.

abhängig von der Tatsache, daß wir den Weltkrieg verloren haben, einen Krieg verloren haben, wie noch nie ein Volk.

An der Verbreitung der nationalistischen Hege, unter der wir jetzt in Deutschland zu leiden haben, ist die Entente nicht ganz unschuldig. Wenn sie die Räte Deutschlands rechtzeitig erkannt hätte, hätten die nationalistischen Kräfte nie so verkehrt werden können, und die Toten, die jetzt zu beklagen sind, wären vielleicht ungeschieden geblieben. (Zustimmung.) Die Ermordung Rathenaus hat weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus eine Bewegung im deutschen Volke ausgelöst, die sich zum Ziel setzte, derartige Taten unmöglich zu machen. Ich weise aber darauf hin, daß es ganz

unmöglich ist, den politischen Mord gänzlich zu verhindern.

Man braucht nur an die Ermordung des englischen Generals Bisslon in Irland zu erinnern, die möglich wurde, trotzdem die englische Regierung alle nur erdenklichen Schutzmaßnahmen getroffen hatte. Es muß aber darauf ankommen, die Quellen zu verstopfen, aus denen diese Taten fließen. Die Quellen sind jene deutsch-nationalistischen Kreise, die nun allgemein bekannt geworden sind. Man hat in bürgerlichen Kreisen diese Bewegung nicht so ernst genommen, als sie es verdient. Es ist dabei der Frage aufgeworfen worden,

ob die Republik in Gefahr sei.

Ich habe immer die Auffassung vertreten, daß die deutsche Republik nicht umgebracht werden kann, und daß sie innerlich fest genug ist, und daß Deutschland infolge der internationalen Lage gar nicht anders wie als Republik bestehen kann. Es ist bezeichnend, daß Lloyd George im englischen Parlament auf eine Anfrage Klipp und klar geantwortet hat, daß eine Veränderung der Staatsform in Deutschland eine Veränderung der internationalen Lage herbeiführen werde, und daß England alsdann nicht uninteressiert bleiben könnte. International ist eine deutsche Monarchie nicht zu tragen.

Die Gewerkschaften wünschen ein gemeinsames Vorgehen aller drei Arbeiterparteien. Die letzten drei Wochen standen im Zeichen dieser gemeinsamen Arbeit. Nach all den

Erfahrungen, die wir mit den Kommunisten gemacht

haben, legen wir weniger Wert auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten. (Heiterkeit und Zustimmung.) Ein paar Tage lang ging es ja auch ganz gut, aber bald mußten auch die Gewerkschaften einsehen, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Kommunisten die Gesamtbewegung nur schädige. Es war ausdrücklich abgemacht worden, daß über die gemeinsamen Forderungen keinerlei besondere Parolen herausgegeben werden sollten. Aber trotzdem haben wir es erlebt, daß die Kommunisten Flugblätter gegen die beiden anderen sozialistischen Parteien herausgaben. Anlässlich des Buchdruckerstreikes sahen wir, daß die „rote Fahne“ von Streikbrechern hergestellt wurde. (Zeichen lebhaften Unwillens und Pfuirufe.) Anlässlich der zweiten Demonstration sollte im Nachrichtenblatt bekanntgemacht werden, daß keine wilden Redner auftreten sollten. Die Kommunisten weigerten sich, diese Stelle zu unterschreiben, weil sie sich angeblich gegen sie richtete. (Stürmische Heiterkeit.) Schließlich kamen sie mit

Parolen heraus, die weit über die gemeinsamen Abmachungen hinausgingen. Gewiß, die Gewerkschaften hatten der Regierung erklärt, daß sie unter Umständen vor dem Neuesten nicht zurückschrecken würden. Wenn aber in diesem Stadium von den Kommunisten die

Parole des unbefristeten Generalfreistritts

ausgegeben worden wäre, so wäre das eine große Pleite geworden. (Zustimmung.) Die Kommunisten verlangten, daß alle öffentlichen Kontrollauschüsse aus dem ADGB und IFA-Bund und den drei sozialistischen Parteien gebildet würden. Diese Kontrollauschüsse wären in Wirklichkeit nichts weiter als eine Neuaufgabe der Arbeiterräte gewesen, die wir nach Schaffung der Verfassung abgelehnt haben. Sie könnten in der heutigen Zeit nur Verwirrung anrichten.

Wir wünschten, daß gesetzliche

Maßnahmen gegen den nationalistischen Wahnsinn

getroffen werden. Wir haben es daher bei den Demonstrationen bewenden lassen. Wir haben diese Gesetze in zähen Kämpfen im Parlament geschaffen. Mancherlei Bedenken sind gegen die Gesetze geltend gemacht worden. Wir waren bereit, auf die Todesstrafe bei diesem Gesetz zu verzichten, wenn im Strafgesetzbuch die Todesstrafe allgemein abgeschafft werden sollte. Es ist kein Zufall, daß der in Saaleck erschossene Rathenau-Mörder kein gleichzeitig der Befreier des Leutnants Dittmar aus dem Gefängnis gewesen ist. Und wenn diese Leute es ein Jahr lang darauf anlegten würden, alle ihre Verbrecher aus dem Gefängnis zu befreien, und sie über Bayern nach Budapest in Sicherheit zu bringen, so würde das der nationalistischen Bewegung ungeheuren Vorschub leisten. Die Notwendigkeit der Zweidrittelmehrheit hat das Durchbringen dieser Gesetze einigermaßen erschwert. Es haben aber in der Hauptsache nur Deutsche, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten (große Heiterkeit) dagegen gestimmt. Wir dürfen nicht vergessen, daß der

Reichstag eine bürgerliche Mehrheit

hat und daß es so außerordentlich schwer war, den Schutz der republikanischen Symbole und Führer gegen die Mörderzentrale und die nationalistischen Organisationen durchzusetzen. Der Redner schildert die Schwierigkeiten, die der Verabschiedung der einzelnen Gesetze bereitet wurden und fährt fort: Wenn der Geist in der Republik ein anderer werden soll, ist es dringend notwendig, daß die Lehrbücher der Schulen geändert werden und daß an den Universitäten, insbesondere auch in der Berliner Universität gründlich ausgeräumt wird. Auch das Gesetz für die Amnestie ist unvollkommen. Hier verlangten die Kommunisten, daß auch ein Rag Hölz von der Amnestie betroffen werden sollte. (Heiterkeit.) Durch nichts hätte der Gedanke der Amnestie mehr kompromittiert werden können, als durch solche Maßnahmen. Wir haben uns die größte Mühe gegeben, auch die Eisenbahner in diese Amnestie einzubeziehen. Leider ist uns das nicht gelungen. Wir haben uns von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß es vor allem auf die Durchführung der Gesetze ankomme, und wir haben daher erklärt, daß es unser Bestreben sein werde, darauf hinzuwirken, daß die

Regierung nach links erweitert werde.

Wir haben diese Forderung ziemlich früh angemeldet, und sie wurde auch von den Bürgerlichen zunächst ruhig aufgeführt. Es ist erfreulich, daß die Unabhängigen sich bereit erklärt haben, in dieser besonderen Lage an der Regierung mitzuwirken. Wir freuen uns, daß auf der Reichskonferenz der Unabhängigen nichts beschlossen ist, was dieser Absicht Hindernisse bereitet hätte. In solchen Situationen muß man eben alle Kräfte auf einen Punkt konzentrieren, und das ist in diesem Falle geschehen. Auch wir sind keine grundsätzlichen Anhänger der Koalitionspolitik. Die Beteiligung der Regierung ist für uns eine taktische Frage, die von Fall zu Fall entschieden werden muß. Der Hauptgrund, den die Bürgerlichen gegen eine Hinzuziehung der Unabhängigen zur Regierung haben, ist von ihnen nicht in den Verhandlungen erwähnt worden. Er liegt nach meiner Auffassung in dem Umstand, daß hinter den sozialistischen Regierungsmitgliedern alsdann nicht mehr 109, sondern 180 Mandate im Reichstage stehen würden. Wir schlugen den Unabhängigen die

Bildung einer Arbeitsgemeinschaft

vor. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir haben uns gesagt, daß das der nächste Schritt ist. Im Jahre 1916 fing die Spaltung mit einer Arbeitsgemeinschaft an. Wir wollen sie mit einer Arbeitsgemeinschaft aufheben lassen. (Lebhafter Beifall.) Die Unabhängigen haben sich für diese Arbeitsgemeinschaft erklärt. Wir hätten eine Reichstagsauflösung nicht zu fürchten gehabt. Aber wir haben, wenn es jetzt zur Reichstagsauflösung kommt, nicht nur 109, sondern 180 Mandate zu verteidigen. Wir haben nicht nur im Parteiinteresse, sondern im Interesse der gesamten sozialistischen Bewegung zu handeln. Am Tage, als Rathenau ermordet wurde, trat ein Unabhängiger an Wirth heran und fragte ihn: „Herr Reichstagsleiter, wie lange soll denn das so dauern?“ Wirth antwortete: „So lange, als die deutsche Arbeiterschaft noch nicht einig ist.“ (Lebhafte Zustimmung.) Dieses Flugblattchen bezeichnete blühartig die Lage. Unsere Stellung als Partei ist nicht schlecht. Wir haben unsere Arbeit behalten, und es wird weiter zur Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung beitragen, wenn als nächster Schritt die Fraktionsgemeinschaft oder gleich die

Einigung mit den Unabhängigen

zustande kommt, denn dann werden die Kommunisten auf alle Zeit zur Machtlosigkeit verurteilt sein. Dieser Schritt wird uns auch wieder die Indifferenten zuführen. Wir haben die Hoffnung, daß der Zusammenschluß der Partei, der nun kommen muß und wird, die gesamte deutsche Arbeiterklasse aufstellt. Und wenn die Ermordung Rathenaus durch deutsch-nationalistische Mordbuben die Einigung der Arbeiterklasse nach sich zieht, wird sie doch einen dauernden Nutzen für das deutsche Volk gebracht haben, denn durch die Einigung wird der Feind gespalten, an dem sich die nationalistische Woge für alle Zeiten brechen muß. (Langanhaltender Beifall.)

Es folgt sodann die

Diskussion.

Ein Antrag will eine gemeinsame Funktionärsbesprechung der Berliner SPD. und USP. einberufen lassen.

Vorsitzender Gen. Lehmann empfiehlt angesichts des offiziellen Aufrufes der USP. Zurückziehung des Antrages, bis der Parteitag der Unabhängigen in der Frage der Einigung Stellung genommen hat. Man sehe sich sonst einer bedauerlichen Abfolge aus.

Thurau: Gen. Müller hat uns aus dem Herzen gesprochen. Es ist notwendig, daß nicht nur die Spitzen der Behörden republikanisiert werden, es muß auch der Unterbau der Beamtenschaft erneuert werden, der stark deutschnational gesinnt ist. Vor allem müssen die Personalabteilungen mit zuverlässigen Republikanern besetzt werden. Im Reichssekretariat herrscht unter Herrn Gräner die schwärzeste Reaktion. Aus Grund des § 10 des Beamten-Disziplinargesetzes werden die sozialdemokratischen Beamtenräte oder Beamte, die zugleich sozialdemokratische Stadtorbitorne sind, durch die Disziplinargerichtsbehörde gemahnt. Solche Schandgesetze müssen beseitigt werden. (Beifall.)

Söwenthal: Es muß Mittel gegen den Ruhrer an der Börse geben, durch den rechtsstehende Kreise es in der Hand haben, den Dollarkurs in die Höhe zu treiben. Redner kritisiert verschiedene Mißstände in der Devisenbeschaffung und fordert energische Maßnahmen und weist auf das Beispiel unserer Wiener Genossen, die in machtvollen Demonstrationen einschneidende Forderungen aufgestellt haben, hin.

Als Aufzugsbeamter schließt sich Gen. Löwenthal den Ausführungen des Redners über die Reaktion in der Verwaltung an und weist insbesondere auf die Zustände in der Justiz.

Bernhard Krüger: Die Morde an Erzberger und an Rathenau wären nicht möglich gewesen, wenn die Erkenntnis, die heute in die USP. eingezogen ist, früher vorhanden gewesen wäre. (Sehr richtig.) Wirt der SPD. ist eine Einigung schlechterdings undenkbar. Kontrollauschüsse und Aktionsausschüsse sind ein Unfug, den wir auf keinen Fall mitmachen dürfen. Bei der Einigung müssen wir vorsichtig sein (Unruhe und Zustimmung). Bei einer Einigung auf vernünftiger Basis werden wir dabei sein. (Beifall.)

Noßkamp beleuchtet die Zustände im Siemens-Konzern, dessen Leiter demokratischer Abgeordneter ist. Wir dürfen von demokratischer Seite nicht alles erwarten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

In seinem Schlußwort geht

Hermann Müller

zunächst auf die Devisenfrage ein. Dieses Problem ist äußerst schwierig. Die Industrie ist auf ausländische Rohstoffe angewiesen. Was getan werden kann, wird gesehen, aber mit Resolutionen und Paragrafen ist dieses Problem allein nicht zu meistern.

Den Standpunkt des unabhängigen Aufrufes, daß die Einigung ausschließlich von den Zentralinstanzen betrieben werden soll, habe ich für richtig gehalten. Wir haben vor aller Welt unseren guten Willen bewiesen, der auch von unabhängiger Seite anerkannt wird. Ich glaube, daß wir bei einer Einigung gedeihlich mit der USP. zusammenarbeiten können. Selbst früher linksgerichtete Unabhängige, wie Dr. Voss, der einstige Spatenlufthändler, haben hervorragende positive Arbeit bei der Ausarbeitung der Sachverhalte geleistet. Alle schwerwiegenden Probleme der Einigung müssen durchdringt werden, und wir haben in den letzten Jahren gezeigt, daß wir die Kerne nicht so leicht verlieren. (Sehr richtig.) Die letzten Wochen haben bewiesen, daß es in der Einigung keinen Unterschied zwischen Führern und Räten gibt, daß die Einigung vorwärts marschiert. (Lebhafter Beifall.)

Die nachstehende Resolution wird einstimmig angenommen:

Die Funktionäre des Bezirksverbandes Groß-Berlin der SPD. billigen die Haltung und die Politik der Reichstagsfraktion. Wir begrüßen in besonderer Weise die werdende Einigung mit den Genossen der USP. Wir erwarten vom Parteivorstand und von der Reichstagsfraktion, daß sie den einheitlichen Willen des Volkes und im besonderen der Sozialdemokratie, der die Gesetzgebung zum Schutze der Republik ermöglicht hat, auch in der Anwendung dieser Gesetze voll zur Geltung bringen.

Wir verpflichten uns zu unserem Teile, alle Kräfte einzusetzen für die Verbreitung des republikanischen Gedankens, für die Stärkung unserer Organisation und Presse und für die fortschreitende Verwirklichung der sozialistischen Ideen.

**Heilmittel**  
Hornhaut, Schwielen u. Warzen  
basistig  
schnelllicher  
u. schmerzlos  
In Apotheken u. besonderen Drogerien erhältlich!  
Gegen Fußschwellen und Wundläufen Kukurul = Fußbad!

Deutscher Metallarbeiterverband, Ver. Berlin  
Den Metallarbeitern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter  
**Gustav Wegener** am 17. d. M. gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Juli, nachm. 7 1/2 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerickestraße, statt.  
Ferner nach am 17. d. M. unser Kollege, der Arbeiter  
**Wilhelm Bildt** am Sonntag, den 22. d. M., nachm. 7 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bethanienkirchhofes in Weissenhof, Jahnstraße, aus hat.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rage Beteiligung erwartet  
122/9  
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine  
Ortsverwaltung  
Berlin-Pantow.  
Befanntmachung!  
Das Postkassenmitglied Paul Schabert hat sein Amt niedergelegt.  
An seine Stelle ist aus der Mitte der erwählten Ortsverwaltung der Zeichner  
Otto Rißmann, Mühlentstraße 70, getreten.  
Berlin-Pantow, den 18. Juli 1922.  
Der Vorstand  
D. Güttig, Postfach 10.

**Was ist das**  
Ist ein Schmerz in der Lenden- oder Rückenpartie, der durch einen feinen Nervenast von der Wurzel des Rückenmarkes herbeiführt. Er ist ein Zeichen für eine Entzündung der Nervenfasern.  
**Thalysia = Nervenmittel**  
Für arthritische, rheumatische und Gelenkekrämpfe, leichten rheumatischen Kopf und Gelenkekrämpfe. \* Zu haben  
**Thalysia, Friedmann, Köpenicker Straße 34**  
und in sämtlichen Geschäften der Metzerei G. Völle Witt. G. G.

Wir haben noch vorräthig  
**Weinbrand**  
in Deutschland auf  
Flaschen gefüllt, zu  
unverfälschten Preisen  
abgegeben. —  
Besonders hervorzuheben  
sind unsere  
**Edelweine**  
Bogen & Co.,  
Weingroßhandlung  
Weber & Söhne,  
Erlangen, vertreten  
werden durch ange-  
nommen.

Metall  
Osten  
Kupfer, Messing  
Blei, Zink etc.  
Suche zur  
Erläuterung  
**Edelweine**  
u. Edelweine  
zu höchst Preisen  
u. Schließhaken  
Preisverhältnisse 210  
Edelweine.

**Befanntmachung.**  
Wegen weiterer starker Verlesung von Schilf, Frachten, Böden, Materialien usw. sind wir gezwungen, den zuerst geltenden Gaspreis von der im August 1922 stattfindenden laufenden Gasmeterstandaufnahme ab zu erhöhen. Den neuen Gaspreis werden wir demnächst bekanntgeben.  
Berlin, den 20. Juli 1922.  
**Gasbetriebsgesellschaft, Aktiengesellschaft**  
Der Vorstand: E. Körting.

Platin-, Gold- und Silberbruch  
Zahngelbte, Uhren, Ketten, Ringe  
sowie  
Almetalle  
Roseneck, Berlin O.  
Schreinerstraße 32 (Laden)  
1 Minute vom Hpt. Frank. Allee  
Fahrgelegenheit  
Größtes Absatzgebiet für Händler

Seit 70 Jahren  
Dr. Strauß  
Haut- u. Geschlechtskrankheiten  
Flechten, Haut- und Krampfadern-  
geschwüre, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bewährtes und  
schnellheilendes Mittel. Original-  
Dose 23,- und 45,- M.  
**Elefant-Apotheke**  
Berlin SW 213, Leipziger Str. 74, Blahöfpl.

**Reise- und Sportartikel**  
Interieren Sie mit hervorragendem Erfolg im „Vorwärts“

**Zinn**  
Gold-, Silber-Bruch  
**Quecksilber**  
Blei, Kupfer, Platin  
u. s. w.  
kauft u. Engrospreise  
Schwarz, Lange Str. 35  
am Scheideplatz  
Lange Straße 50, Ladez.

**Stocklaternen**  
mit  
u. Licht 1,50, 1,60 bis 2,-  
Campionable Papier-  
schirmen von 20 cm.  
Verleihenbedarf, Feuer-  
werk, Sortiments 10,  
15 bis 100 St. u. s. w.  
Bergmann, A. Mann  
& Co., Berlin, Markt-  
11 bis 6 Uhr, Telefon: 2103/2104

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a  
**Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer**  
Juni von 16,90. — M. an Ferner Damen-Kostüm, Mäntel, Wäcker, Teppiche, enorm billig!  
Pelzwäcker: Kreuzfische 500, glänzend, Zobelfische, Silberfische, Sturke,  
Wäcker, Luchse, Sportpelze, Gepelze, Pelzmäntel. Keine Lombardwa-

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater. Operetten-Gastsp. Tägl. 7 1/2 Uhr: Die beiden Nachtigallen

Deutsches Theater. 7 1/2 Uhr: Potasch und Perlmutter

Kammerspiele. 8 Uhr: Der Raub der Sabrierinnen

Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7 1/2 Uhr: Die Maschinisten

Königgrätz. Str. 5. D. D. v. d. G. Geschichten des Kapellm. Kreisler

Komödienhaus. 8 Uhr: „Gretchen“

Berliner Th. 7 45: Madame Pflirz

Theater des Ostens (Rosa-Theater) 8 Uhr: K. O. z. e. r. 7 1/2 Uhr: Berns Resi

Trianon-Th. Täglich 8 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung

Wint. Th. Varieté-Spielplan. Reichen gestattet!

Sonnenbrand und Hautschäden verhindert unser Zeozon-Creme

Kopp & Joseph. Berlin W. 53, Potsdamer Straße 122

Theat. a. Rotbus. Tor. Gastspiel Freytag-Sänger

Reichshallen-Th. Während der Ferien der Stettiner Sängerkreis

Residenz-Sänger. Tägl. 7 1/2 Uhr

Potsdamstr. 33. Im Kampf mit dem unsichtb. Feind

UFA. Spielplan von 21. bis 27. Juli 1922

UFA-PALAST AM ZOO. Lustspielwoche: Chaplin-Filme

KURFÜRSTEND. NOLLEND.-PL. Durch Kerker und Paläste

CAUENTZEN-P. Morion

MOZARTSAAL. ALEXANDERPL. WUNDERBOW. Sie u. die Drei

FRINDRICHSTR. Brillanten-Hebe

KAMMER-LICHT. Friedrichstr. Rex 1. u. II. Teil

SCHOKERBERG. Auf der Straße

HANSENSTR. Die schwarze Nonne von Craven

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof

Bekanntmachung. Der 12. Vorstand zur Ergänzung betr. Familienhilfe

Die diesbezüglichen Nachträge können in einigen Tagen im Kassierbüro entgegengenommen werden.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof

Verpflichtung zum Beitritt. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof



Allen voran beim Einkauf von Brillanten + Platin Gold- u. Silber-Bruch

Juwelier H. Wiese. Artilleriestraße 30

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85. Geschäftst. vorm. 9 Uhr bis nachm. 6 Uhr

Bezirke-Versammlungen in folgenden Lokalen: 1. Bezirk: Neues Volksheim

16. Bezirk: Döberitz-Säle (Reiner Saal). Wilmersr. 142, abends 7 Uhr

17. bis 19. Bezirk: Felber (Kolberger Saal), Kolberger Str. 23, abends 7 Uhr

20. Bezirk: Schulaula, Grünhaldenstraße 5, nachmittags 5 Uhr

21. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

22. bis 24. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

25. bis 27. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

28. bis 30. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

31. bis 33. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

34. bis 36. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

37. bis 39. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

40. bis 42. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

43. bis 45. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

46. bis 48. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

49. bis 51. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

52. bis 54. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

55. bis 57. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

58. bis 60. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

61. bis 63. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

64. bis 66. Bezirk: Schulaula, Geringstraße 2, abends 7 Uhr

Der Ferne Osten. Das Buch bringt auf Grund der Berichte des ersten Kongresses der revolutionären Organisationen des Fernen Ostens...

Urania. 8 Uhr: Der Einstein-Film. Komische Oper 7 1/2 Uhr: Der Meister vom Montmartre

SOEBENERSCHIENEN Die Rote Gewerkschafts-Internationale. Herausgegeben vom Volksbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale

Amerikanische Küche an Bord der Dampfer der United States Lines. Die Leitung der amerikanischen Regierungsdampfer hat ihre ganz besondere Aufmerksamkeit der Küche zugewandt...

Juwelen-Ankauf. Gold-, Silbergegenstände, z. höchst. Auslandskurs. Norddeutsches Credit-Haus G. m. b. H.

Verkäufe

Küchenschrank für Haus und Schenkerei verkauft zu Schnelverkauft...

Wollwaren-Gelegenheitsverkauf: Kravatten, Krawatten, Krawatten...

Kommisverkauft. Sommerpaletts zu neuem billigen Preis...

Wollwaren-Gelegenheitsverkauf: Kravatten, Krawatten, Krawatten...

Musikinstrumente. Pianino preiswert, Klaviermacher...

Fahrräder. Herrenrad, Damenrad, mit Torpedoverlauf...

Kaufgesuche. Preisangläßig kauft Sch. Alexander...

Geschäftsankäufe. Restaurant, Größe und Preis...

Möbel. Bettstellen, Sofas, Stühle...

Geschäftsverkäufe. Papier- und Buchhandlung...

Möbel. Bettstellen, Sofas, Stühle...

Möbel. Bettstellen, Sofas, Stühle...

Möbel. Bettstellen, Sofas, Stühle...

Möbel. Bettstellen, Sofas, Stühle...

Arbeitsmarkt

Stellenangebote. Webers, tüchtigen, selbständig, stellt sofort ein Stellenangebot...

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen für Handarbeiten, Leinen- u. Baumwollwaren...

Botenfrauen und Männer. werden in dem Bezirk im Raum um über 50 Prozent erhöht...

Einrichter für Voll-, Halb- u. Cleveland-Automaten, Pitter- u. Löwe-Revolverdrückmaschinen...

# Deutschlands Auslandsschäden.

## Abbruch der deutsch-belgischen Verhandlungen.

Die Verhandlungen über das deutsch-belgische Kartellabkommen sind vor einiger Zeit wieder aufgenommen worden und waren soweit gediehen, daß der Abschluß des Abkommens unmittelbar bevorstand. Es handelte sich lediglich noch darum, über die zwei folgenden Punkte Übereinstimmung zu erzielen, deren Annahme erst neuerdings belgischerseits beantragt worden war. Die belgische Regierung verlangte nämlich, daß das in Belgien vorhandene, noch nicht liquidierte Barvermögen deutscher Reichsangehöriger — dazu gehören Barguthaben und Sparkassenbücher — nicht unter die Freigabe fallen solle. Ferner soll bei der teilweisen Liquidation eines Vermögenskomplexes das noch vorhandene und freizugebende unbewegliche Eigentum mit Schulden belastet werden, die von dem Sequester aus diesem Eigentum längst bezahlt waren.

Die Annahme des ersteren Antrages der belgischen Regierung würde bedeuten, daß die ganzen Ersparnisse der wirtschaftlich schwächeren Auslandsdeutschen, also die gesamten kleinen Vermögen, verloren wären. Die Durchführung des zweiten belgischen Antrages müßte zur Folge haben, daß das unbewegliche Eigentum der Auslandsdeutschen in Belgien auf einen geringfügigen Wert zusammenschmilzt. Die deutsche Regierung konnte, da es sich besonders im ersten Falle um Barguthaben gerade der kleinen Rentner und Besitzer von Sparkassenguthaben handelt, und da ferner die zu übernehmenden Lasten in keinem Verhältnis mehr zu der belgischen Gegenleistung ständen, diese Bedingungen nicht ohne weiteres annehmen und strebte eine Änderung der belgischen Anträge an. Gleichzeitig wurde, um das deutsche Eigentum in Belgien vor der Liquidation zu bewahren, eine ganze Reihe belgischer Anträge durch die deutsche Regierung angenommen. Die belgische Regierung glaubte jedoch trotz des Entgegenkommens der deutschen Regierung, aus deren Vorschläge nicht eingehen zu können und brach, wie amtlich gemeldet wird, wegen Nichtannahme der beiden oben erwähnten Punkte die Verhandlungen ab.

## Sozialistische Einigung in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Fraktion des Landtages und die Fraktion der Unabhängigen beschloßen, in Zukunft nicht nur eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, sondern darüber hinaus eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen. In Zukunft sollen gemeinsame Fraktionsentscheidungen abgehalten werden; nur bei ganz wichtigen Entscheidungen sind getrennte Beratungen vorgesehen. Nach Beschlußfassung über die Fraktionsgemeinschaft wurde an die Demokraten mit der Aufforderung herangetreten, sich an der Bildung einer Linkskoalition zu beteiligen. Die Demokraten erklärten sich zur Zusammenarbeit mit den Unabhängigen bereit, stellten aber als Gegenforderung den Eintritt der Volkspartei in das zu bildende Kabinett. (Die Volkspartei hatte sich erst vor wenigen Tagen aus der Regierung zurückgezogen. Red.) Da sich die Parteien bis zu Beginn der heutigen Landtagssitzung, die die Wahl der Minister vornehmen sollte, nicht geeinigt hatten, trat Beratsung auf Freitag ein. Welche Lösung die Regierungstrife finden wird, ist vorläufig noch unbestimmt.

Das deutsche Generalkonsulat in Barcelona. Ein Freund unseres Blattes, Mitglied der deutschen Kolonie in Barcelona, berichtet uns, daß das dortige Generalkonsulat am 27. Juni, dem Feiertagstage Rathenaus, seine Flagge gefeiert hatte. Jetzt wird uns mitgeteilt, daß der dafür verantwortliche Herr v. Kaffell an dem Tage gar nicht in Barcelona gewesen sei. Er führe die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien in Madrid. Außerdem habe die Anwesenheit des Auswärtigen Amtes, halbmaskiert zu sagen, das Generalkonsulat in Barcelona wahrscheinlich nicht mehr rechtzeitig erreicht. Im Ausland werden diese Gründe, wenn wir sie auch als wahr unterstellen, wenig Wirkung haben. In Barcelona erscheinen ja auch Blätter, die von den beabsichtigten Trauerfeierlichkeiten, und von der Vorschrift, die Flagge halbmaskiert zu setzen, berichteten. Außerdem ist von Madrid aus Barcelona, wenn man will, so rasch zu erreichen, daß ein Befehl nicht zu spät kommt!

lichen Seite des Berges wehen und die es mit sich bringen, daß die Gleichheit sich im Handumdrehen in wildbrausende Ströme verwandelt.

Schützt das alte Nürnberg! Die Direktion und die wissenschaftlichen Beamten des Germanischen Museums in Nürnberg haben an den dortigen Stadtrat eine Eingabe gerichtet, worin sie gegen den Bau einer Straßenbahnlinie mitten durch das alte Nürnberg wohl begründeten Einspruch erheben. In der Tat würde dadurch der schönste und besterhaltene Teil Alt-Nürnberg, insbesondere auch die Reichsbrücke, das Tiergärtnerort und der Albrecht-Dürer-Platz verschandelt, ohne daß wesentliche Verkehrsnotwendigkeiten vorzuliegen scheinen. Es ist daher zu wünschen, daß die sozialistische Stadterhaltung Nürnbergers ihrer Kulturpflicht gedenkt bleibt und ein kostbares Erbe treu erhält.

„Kommunistische Unioersität des Westens“ in Moskau. Als Gegenstück zu der bereits bestehenden „Kommunistischen Unioersität des Ostens“, in der etwa 600 Studenten in kommunistischem Geiste zu roten Führern der noch „ungeordneten Millionenvölker des Ostens“ erzogen werden, ist in Moskau eine „Unioersität des Westens“ gegründet worden. Die neue Unioersität besitzt zunächst 6 Abteilungen: eine jüdische, lettisch-litauische, litauische, deutsche, polnische und rumänische. Die Studenten erholten während der ganzen Dauer des Studiums vom Staate Verpflegung, Kleidung und Wohnung. Zu den Hauptfächern gehören: historische Materialismus, Geschichte der Revolution; Religion und Kommunismus; Befreiung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik; die Rote Armee; die Diktatur des Proletariats. Die deutsche Abteilung wird 100 Mitglieder zählen.

Die Leiche im Spiritus. Das im französischen Departement Puy-de-Dôme gelegene Dorf L'Ance darf sich einer Sehenswürdigkeit ungewöhnlicher Art rühmen. Es ist die Leiche eines alten Herrn, der im Jahre 1885 verstorben ist. Sie zeigt nach der Befundung einwandfreier Augenzeugen nach fast 40 Jahren noch das Aussehen, das der tote bei Lebzeiten hatte. Der Sohn des Verstorbenen, ein angesehener Archäologe, hatte seinerzeit von den Behörden die Erlaubnis erhalten, die Leiche des Vaters in Spiritus aufzubewahren. Man zog ihr die Sachen an, die der alte Herr bei Lebzeiten trug, und bettete sie in einen besonders konstruierten, mit gereinigtem Weingeist angefüllten Sarg, in dessen Deckel eine Glasplatte eingelassen war, die dem Sohn gestaltete, das Antlitz seines Vaters täglich vor Augen zu haben. Der Sarg steht in einer kleinen, in der Nachbarschaft des Gemeindefriedhofs errichteten Kapelle. Ein Bekannter des Verstorbenen bezeugt in der „Nature“, daß das Gesicht des Verstorbenen so gut erhalten ist, daß man einen Schlämmenden vor sich zu sehen glaubt.

Tobias Demberlein tritt Freitag abend im Rahmen des Programms der „Alten am Freizeitplatz“ mit eigenen Vorträgen und Chansons auf. Anfang 8 Uhr.

An der englisch-amerikanischen Vortragsreihe des Englischen Seminars findet am Freitag, den 28. Juli 6.30 Rev. Lee aus Dundee über: „The English Friends of Germany“.

Das Geleit zum Einzug des Helmschiffes. Der Bund deutscher Arbeiter erwartet von der Preussischen Regierung in Erfüllung des Artikels 10 der Reichsverfassung die eilige Durchführung des Helmschiffes, des Geleites zum Einzug der Kaiserin und des Reichstages. Er dringt wieder darauf, daß zur Durchführung des Veranlassungsgeldes von 1907 allen Hauptpolizeibehörden der Landgemeinden Privatarchitekten beauftragt werden.

# Die Spaltung der Deutschmonarchisten

## Wulle und v. Graefe folgen Henning.

Die Abgeordneten Reinhold Wulle und der bekannte v. Graefe-Goldebeck veröffentlichten im „Deutschen Abendblatt“ eine lange Erklärung, in der sie sich mit dem von der Deutschnationalen Parteileitung aus der Reichstagsfraktion entfernten Abgeordneten Major Henning solidarisch erklären, schärfsten Einspruch gegen den Beschluß der Fraktion und des Parteivorstandes erheben und erklären, daß „für uns unter Vorbehalt etwaiger weiterer Entschlüsse eine Beteiligung an den Arbeiten der Reichstagsfraktion nicht mehr möglich ist.“ Sie bezeichnen die Maßregelung Hennings als „Justizmord“ und behaupten, aus den Ausschreitungen einiger mehr oder weniger prominenter Persönlichkeiten des Parteivorstandes sei die Gefahr zu entnehmen, daß die gegen Henning angewandte Methode sich gegen die gesamten Führer der völkischen Richtung und damit gegen die völkische Bewegung selbst ausdehnen könnte.

Zu dieser den Zerfall der Deutschnationalen antündigenden Erklärung liefert der Direktor des „Deutschen Abendblattes“, Sonntag, die notwendige Begleitmusik. Er spricht von einem „völkischen Martyrium“ und behauptet, daß der Maßregelung Hennings ein seit langem konsequent verfolgtes System zugrunde liege. Doch lassen wir diesen Eingeweihten selber reden:

Seit Jahren führt die deutschnationale Parteileitung, wie man nunmehr wohl öffentlich aussprechen darf, einen zwar heimlichen, aber um so

### erbitterteren Kampf gegen die völkische Bewegung

im allgemeinen und gegen deren parlamentarische Vertreter innerhalb der Partei im besonderen, über dessen Einzelheiten sich die in Betracht kommenden Abgeordneten wohl noch auf Grund des vorliegenden umfangreichen Tatsachenmaterials eingehender auslassen werden. Und zwar begann dieser Kampf unmittelbar nach den Reichstagswahlen von 1920, als mit den Abgeordneten Wulle und Henning zwei ausgesprochene Vertreter der neueren völkischen Bewegung ihren Einzug in die deutschnationale Reichstagsfraktion hielten, sich hier mit dem prächtigen, tapferen und aufrechten, deshalb aber ebenfalls als unbehaglich empfundenen Herrn v. Graefe zusammenfanden und in die aus der Nationalversammlung satzhaft bekannte

### dumpe Stimmung der Fraktion

einen frischen Zug zu bringen drohten. Wie dankbar man es auch begrüßt und in ständiger Erinnerung gefeiert hat, daß gerade durch die Unterstützung der aktiven völkischen Elemente mancher Wahlkreis behauptet bzw. erobert worden war — jetzt, nachdem der Wahlkampf geschlagen war, und der Bestand der Partei an Mandaten auf eine Reihe von Jahren hinaus gesichert erschien, wurden die völkischen Verbündeten als unbehagliche Last empfunden, und ihre parlamentarischen Vertreter mit allen Mitteln des unterirdischen Kleinrieges bekämpft.

Fragt man nach den Ursachen dieses ebenso undankbaren wie kurzfristigen Verhaltens, so trifft man auf eine Vielheit von Gründen, die je nach der Art der Gegner individuell verschieden sind, die aber die Intensität der Abneigung sämtlich zum gemeinsamen Kriterium haben.

Da waren und sind zunächst die mehr oder minder an einer gewissen politischen Artierverfälschung leidenden „Stützen“ des alten Regimes, die zwar nach der Revolution (fragt mich nicht, warum?) eiligst auf den

### Boden der verächtlichsten „gegebenen neuen Tassachen“

spazierten, die sich aber ängstlich und verständnislos vor dem neuen Geist bekreuzigten, der in nationaler Hinsicht aus der völkischen Richtung zu ihnen hinüber zu wehen begann. Hatte man darum die Revolution, dem Herrn sei Dank, glücklich überstanden, um nun einen revolutionär anmutenden Geiste im eigenen Lager zu begegnen? Völkische Leute, Nationalsozialisten, Kampapostel, vielleicht, an heimlichen Orten, gar „Botensandster“ — unmöglich, kompromittierend — eine solche Gesellschaft! Wir wollen, lieben Freunde, den Größen von vorgestern, die ihre Zeit und deren Zeichen nicht mehr verstehen, ob ihres Standpunktes nicht zürnen. Der Herr wird ihnen vergeben, denn schließlich können sie ja nichts dafür, daß sie überständig geworden sind für das junge Deutschland, das sich überall zu regen beginnt.

Gefährlicher, weil tödlicher, als diese Gegner, sind dann die sogenannten „Geistigen“ der Partei.

Die Männer mit dem historischen, staatsrechtlichen, politischen und sonstigen Bildungsdünkel, zu denen sich die „gewiegten Taktiker“ und die Parteifunktionäre gesellen, die dank ihrer Parteigeschicklichkeit längst vergessen haben, daß über allem Parteiwesen das Volk und das Vaterland zu stehen haben. Und wieder eine Gruppe setzt sich zusammen aus den reinen Interessengegnern, die, wie die Christlich-Sozialen, in der Furcht leben, die völkische Bewegung könne ihnen den Wind aus den rissigen

gen Segeln nehmen, oder die, wie manche Industrievertreter, von der völkischen Bewegung die

### Entwicklung unbequemer sozialer Tendenzen,

zum mindesten aber eine Störung des Teufelsmehls mit den roten Gemerktschaften befürchten. Und last not least sind dann jene ausgesprochenen Judenfeinde zu nennen, die das Wort Antisemitismus einer Ohnmacht nehebringen, und die es als den größten Schönheitsfehler der Partei betrachten, daß nicht wenigstens ein halbes Duzend des auserwählten Volkes die Physiognomie der beiden Fraktionen bereichert.

Es sei eine breite, wenn auch „nicht gerade imposante Bhalanz“, die sich aus den verschiedensten Beweggründen im Kampfe gegen die völkischen zusammengeschunden habe: Angefangen von Hergt über Bürringer, Hochsch, Dryander, Kanig, Hugenberg, Behrends, Graef, Anklam! Der erbitterte völkische Sonntag kündigt an, daß man sich diese Namen sorgsam zusammenstellen und für den nächsten Wahlkampf vormerken werde. Denn:

„Diesen erklärten Gegnern der völkischen Sache nicht eine einzige Stimme aus den völkischen Reihen und nicht einen von ihnen auch nur einzigen Mann für den vielleicht doch notwendigen Salschuh! Mögen sie ihren Kampf mit den Roten selber austragen, falls sie bis dahin als Angehörige einer Regierungspartei für die Sozialdemokratie nicht bündnisfähig geworden sein sollten. Ihr Stuhl? Wartet nur ab, es geschieht auch heute noch Zeichen und Wunder!“

Sonntag kündigt noch weitere Veröffentlichungen über die „Hege“ an, die von dem Parteibureau gegen die völkische Richtung getrieben worden sei. Seit Jahr und Tag hätte man die völkischen Abgeordneten systematisch mundtot gemacht. Die Erklärung der Parteileitung, daß sie mit der Entfernung Hennings keineswegs eine Bekämpfung der völkischen Bewegung beabsichtigt, wird als „Spiegelschreiber“ und „politische Geschmackslosigkeit“ bezeichnet. Aber es kommt noch besser. Sonntag kündigt an, daß über „gewisse denunziatorische Taten“ gelegentlich auch einmal der Schleier gelüftet werde:

„Weider steht Kapp nicht mehr auf, um sich über seine Erfahrungen auf diesem Gebiet zu äußern, und Herrn von Klinger ist es vermuthlich nicht bekannt, wem er es letzten Endes zu danken hat, daß er neun Monate in Untersuchungshaft saß.“

In seinem Jörn plaudert Herr Sonntag noch weitere interessante Einzelheiten aus der deutschnationalen Schule. Er erzählt, daß „das Herz der Parteileitung nicht zum ersten Male in die Unausprechlichen gerutscht“ sei, als der Sturm nach der Ermordung Rathenaus losbrach. Man hätte damals schon den ganzen völkischen Flügel abgestoßen, aber nur aus Angst darauf verzichtet, weil die Herren v. Graefe und Wulle einen großen Anhang im Lande hätten. So hätte man diese beiden Namen aus Nützlichkeitserwägungen von der Proskriptionsliste gestrichen, obwohl man sie zweifellos am liebsten gesehen hätte, wo der Pfeffer wächst!

Die ganze Aktion gegen Henning hätte sich totgelaufen, wenn nicht „eine Korona von Düringer“ den Ausschluß der völkischen unmachtlich gefordert, und wenn nicht auf der anderen Seite Herr Stresemann in diesem kritischen Augenblick der deutschnationalen Parteileitung den Röder eines Eintritts in die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft hingeworfen hätte:

„Man muß“, sagt Sonntag, „deren geradezu zur Manie gewordenen Hang zu „positiver Mitarbeit“ und ihre Sehnsucht nach ein paar Ministerstellen kennen, um zu verstehen, daß und warum sie sofort an diesen Röder anhielt. Man wollte in der Bernburger Straße aus der seit langem als unbequem empfundenen Oppositionsstellung heraus und wollte auf dem Umwege über die Arbeitsgemeinschaft nach Möglichkeit in die Regierungskoalition hinein!“

Die Intimitäten, die Herr Sonntag hier ausplaudert, lassen auf eine so tiefgehende Verbitterung schließen, daß es begreiflich erscheint, wenn die „Kreuzzeitung“ — „Mit Gott für König und Vaterland“ — diese vorhandenen Gegensätze nach Möglichkeit zu vertuschen sucht. Die Enthüllungen der Wulle-Leute werden jedoch weitere Kreise ziehen als die Parteibonzen der Deutschmonarchisten gerne sehen. Es wird deshalb noch mancherlei über diese irraute Gemeinschaft der bisherigen Fraktion Hergt und Helfferich zu sagen sein. Eins aber fällt heute schon ganz deutlich ins Auge: der entschlossene Avmärsch der Republikaner und das feste Zugreifen der Geheggebung sowohl als die Wiederannäherung der Sozialdemokraten haben als erste Folge die Spaltung der Monarchisten gebracht. Möge das eine gute Vorbedeutung für die Zukunft sein!

## Rußland am Scheidewege.

In den nächsten Tagen wird die Ankunft Krassins aus dem Haag in Berlin erwartet, der von hier aus in der nächsten Woche nach London reisen wird. Etwas später trifft Litwinow in Berlin ein, um sich sodann nach Moskau zu begeben, wo er der Sowjetregierung einen genauen Bericht über die Haager Konferenz erstatten wird.

Wie der Ost-Expres von unterrichteter Seite erfährt, werden die neuen Vorschläge Litwinows trotz des Abbruchs der Haager Konferenz Gegenstand eingehender Beratungen in Moskau sein, wenngleich der Hauptzweck der neuen Vorschläge nicht die Zubilligung sofortiger wesentlicher Zugeständnisse gewesen sei, sondern das Bestreben, alles zu tun, um die Taktik jener Regierungen zu vereiteln, die den Abbruch der Konferenz durch die unersöhnliche Haltung der russischen Delegation rechtfertigen wollen.

Die Information stammt offensichtlich aus den gemäßigten Kreisen der Berliner Sowjetvertretung. Die Vorschläge beziehen sich, wie wir bereits meldeten, auf die Schuldenanerkennung und eine staatsrechtliche Regelung des ehemaligen ausländischen Privatbesitzes. In der Tat wird es für Sowjetrußland schwer sein, aus seiner Isolierung herauszukommen, wenn es in diesen beiden Punkten nicht Entgegenkommen zeigt. Ein positiver Entschluß in dieser Richtung kann hingegen zu einer wesentlichen Erleichterung der Situation führen. Krassins Londoner Reise deutet darauf hin, daß man zunächst eine Fühlungnahme mit England beabsichtigt.

## Forderungen der Wiener Arbeiter.

Wien, 20. Juli. (T.F.B.) Abordnungen von Betriebsräten der größten Betriebe Wiens überreichten der Regierung eine Reihe von Forderungen, darunter solche auf Verhinderung aller spekulativen Wertensäufe und auf dementsprechende Überwachung der Banken, Verbot aller Luxuseinfuhr und Neuverfügung

des Brotpreises. Der Führer der Abordnungen, Präsident Selig, verwies auf die durch die Teuerung geschaffene furchtbare Lage der Arbeiterschaft und betonte, daß es der größten Anstrengung der Betriebsräte bedürfte, um eine allgemeine Arbeitseinstellung und zwecklose Demonstrationen zu verhindern.

Finanzminister Seaur erklärte, daß das entscheidendste Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise die raschste Erledigung des Finanzplanes sei, die sicher auch ein Sinken der Valutenkurse verheiße.

## Pilsudskis Machtprobe.

Warschau, 20. Juli. (D.F.) Pilsudskis Weigerung, die Ernennung des Kabinetts Korfanty zu unterzeichnen, hat eine Situation geschaffen, aus der zunächst kein Ausweg ersichtlich ist. Die „Niezpospolita“ will wissen, daß der Sejmarschall Traupozynski den Chef der Zivilkammer Pilsudskis darauf aufmerksam gemacht habe, daß der Staatschef nach der provisorischen Kleinen Verfassung von 1919 das ausführende Organ für die Sejmbeschlüsse darstelle. Solange sein Rücktritt nicht erfolgt sei, habe der Staatschef daher kein Recht, die Ausführung des Sejmbeschlusses über die Verurteilung Korfantis zu verweigern. Wie bekannt wird, hat Korfanty bei seiner Aussprache mit dem Staatschef die Frage gestellt, ob dieser bereit sei, sogleich die Konsequenzen aus seiner Weigerung zu ziehen, worauf Pilsudski antwortete: „Vorher ist noch vieles zu erledigen.“ Diese Worte werden als Ankündigung sehr erster Dinge aufgefaßt. Gestern abend verammelte sich die Zentralkommission, welche angesichts der ungewissen Haltung des Konstitutionellen Rats von jeder Initiative abließ. Diese dürfte von Pilsudski ausgehen. Die zu einer Epigenorganisation vereinigten Verbände der polnischen Staats- und Kommunalbeamten und Privatangestellten veröffentlichten einen Aufruf, worin unter Hinweis darauf, daß egoistische Parteitreibereien den Rücktritt des Staatschefs zu veranlassen drohen, zum energischen Schutz des demokratischen Systems aufgefordert wird.

# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Vorstandswahl der Bauarbeiter.

Wir haben bisher zu dem Standhalten Treiben der Kommunisten im Bezirksverein Berlin des Bauarbeiterverbandes keine Stellung genommen, weil wir nicht unndig den „Vorwärts“ mit dem kommunistischen Stand belasten wollten. Der Artikel in der „Roten Fahne“ im gestrigen Morgenblatt, der den vielversprechenden Titel trägt: „Neue Gewaltmaßnahmen im Bauarbeiterverband“, zwingt uns, aus unserer bisherigen Reserve hervorzutreten. Den Schwinkel, der da zusammenggetragen wird, in jeder Einzelheit zu widerlegen, wäre unnütze Raumbeschwendung. Zur allgemeinen Augenwendung seien jedoch die Tatsachen kurz geschildert.

Wie in anderen Gewerkschaften versuchen die Hürigen Moskauer sich auch im Bauarbeiterverband der Leitung zu bemächtigen. Da sie aber sehr wohl wissen, daß sie bei dem gesunden Sinn der Bauarbeiter auf geradem Wege ihr Ziel nie erreichen würden, denn irgendwelche Leistungen außer den niedrigsten Angriffen auf ihre eigenen Berufskollegen können sie nicht aufweisen, versuchen sie es auf krummen Wegen. Ueber Verbandsstatuten und Vereinssatzungen setzen sie sich dabei ebenso hinweg, wie über die einfachsten Gebräuche der Kollegialität. Ihre Anhängerschaft an der Diktatur und der Gewalt betätigen sie zunächst ihren Kollegen gegenüber, was bei deren Langmut ja weit weniger gefährlich ist als gegenüber dem Unternehmer.

Die Generalversammlung vom 7. Juni nahm die Aufstellung der Kandidaten für die neuwählende Vereinsleitung vor. Die Organisationsleiter verlangten, daß gesonderte Listen aufgestellt werden sollten. Diese angeblichen Verfechter der „Einheitsfront“ beginnen ihre Tätigkeit immer mit der Spaltung der Arbeiter. Die Generalversammlung, in der die verschiedensten Richtungen vertreten sind, ging auf dieses Spaltungsmanöver nicht ein. Natürlich blieb es den Kommunisten unbenommen, dazu auch ihre Kandidaten vorzuschlagen. Dabei stellte sich allerdings heraus, daß die Kommunisten gerade für die verantwortungsvollsten Posten jede Kandidatur ablehnten. Das ist die denkbar größte Blamage. Entweder die Kommunisten sind überzeugt, daß sie es besser machen können als die feierliche Vereinsleitung, und dann müssen sie sich zur Wahl stellen, oder sie sind sich ihrer Unfähigkeit bewußt, und dann täten sie am besten, etwas Bescheidener aufzutreten.

Aber was sie nicht in der Generalversammlung durchzuführen vermochten, versuchten sie durch einen geradezu beispiellosen Terror in den Bezirken bei der Urwahl zu erreichen. Neben einer Wahlbeeinflussung durch Nichtmitglieder, die lebhaft an ostelbische Zustände aus den Zeiten des Dreiklassenwahlrechts erinnert, kam es zu offenen Gewalttaten, so daß eine ordnungsgemäße Vornahme der Wahl in vielen Bezirken unmöglich war. Die Generalversammlung vom 20. Juni mußte daher die Wahl für ungültig erklären. Angesichts der schon ausgesprochenen Drohungen der Kommunisten, bei der nächsten Wahl noch stärker vorzugehen, blieben nur drei Möglichkeiten: die Wahl nochmals vorzunehmen und Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Das hätte zu einer allgemeinen Schlacht geführt, die sicher nicht im Interesse der Bauarbeiter gelegen hätte. Zweitens hätte der Verbandsvorstand angesichts der außerordentlichen Umstände den Vereinsvorstand zum Weiterverbleiben verpflichtet lassen. Drittens konnte man von diesen beiden äußersten Mitteln dadurch Abstand nehmen, daß die Wahl durch die Generalversammlung selbst, d. h. durch die gewählten Vertreter der Mitglieder vorgenommen wurde. Zu diesem Mittelweg entschloß sich die letzte Generalversammlung. Die kommunistischen Organisationsleiter riefen bei dieser Wahl mit Blanz durch.

Darob nun große Enttäuschung der „Roten Fahne“. Dieses rote Jesuitenblatt tut so, als seien die Mitglieder dadurch „vergewaltigt“ worden. Sie schwindelt von Gewaltmaßnahmen, obwohl sie weiß, daß es nur die Gewalttätigkeiten der von ihr Verhögten waren, die eine direkte Wahl verhindert haben. Sie hegt zu neuen Gewalttätigkeiten in den Bezirkenversammlungen auf. Wir sind überzeugt, daß die Berliner Bauarbeiter diese Organisationsleiter zur Reision bringen werden. Sie haben sich jetzt bei den Metallarbeitern eine gründliche Abfuhr geholt. Es ist Zeit, daß auch die Bauarbeiter mit ihnen Schluss machen, zumal sie hier ja nur eine Handvoll unfähiger Madamacher sind.

## Die Mustergewerkschaft.

Die „Rote Fahne“ brachte gestern früh den Bericht über eine Delegiertenversammlung der Union der Hand- und Kopfarbeiter. Der Delegierte Meyer erzählte in seinem Referat über die wirtschaftliche und politische Lage und die Aufgaben der Union, der Kampf des Kapitals gegen die Arbeiter würde unterstützt zum großen Teil auch von SPD. und USPD. Er wurde für diese Entdeckung als Delegierter für den diesjährigen Weltkongreß der Roten Gewerkschafts-Internationalen in Vorladung gebracht. Da auch die Union Geld gebraucht, erhöhte sie die Beiträge, was die „Rote Fahne“ besonders begrüßt. Das zeige, daß sie danach strebt, ihre Mitglieder in Zeiten des Kampfes in weitgehendstem Maße unterstützen zu können. Damit sei ein Vorwand

beseitigt, unter dem die Verbandsleiter der freien Gewerkschaften einen Zusammenstoß mit der Union unter voller Anerkennung der Rechte aus dem Wege gingen.

Zum Schluß schreibt die „Rote Fahne“: Das Ziel der Union war immer ein Betrieb, ein Verband. Nicht nur die Mitglieder der Union, sondern auch unsere Genossen in den freien Verbänden müssen alles daransetzen, daß dieses Ziel im Interesse des Gesamtproletariats bald erreicht wird.

Die „Union“ ist also die Ideal- und Mustergewerkschaft im Sinne der „Roten Fahne“. Darüber lachen selbst die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder, soweit sie mit dem Gewerkschaftswesen vertraut sind.

## Achtung! Buchbinder! Achtung!

Vertrauensleute und Betriebsräte der reinen Buchbindereien und Briefumschlagfabriken, die sich im Streik befinden, heute vormittag 11 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engeliner 24/25: Wichtige Versammlung. Erscheinen Aller ist Pflicht! Die Streikleitung.

## An das Buchbindereipersonal in den Buchdruckereien!

Für alle während des Buchdruckerstreiks ausgesparten sowie auch für die während dieser Zeit im Betrieb tätigen Personale wird eine einmalige Wirtschaftshilfe in derselben Höhe ausgesetzt, wie solche den Buchdruckergehilfen resp. den Hilfsarbeiterinnen gewährt worden ist und zwar für männliche 300 M., für weibliche über 17 Jahren 250 M., für weibliche unter 17 Jahren 150 M. Die Branchenleitung.

## Achtung! Bauanschläger!

Der Schiedspruch betreffend Regelung der Tariflöhne ab 16. Juli ist von den Arbeitgebern anerkannt worden. Damit treten ab 16. Juli die neuen Lohn- und Akkordsätze in Kraft.

## Ein internationaler Beamtenkörper.

Der Beamtenkörper des Internationalen Arbeitsamts ist befreit, dem Ideal der Vertretung möglichst aller Nationalitäten zu entsprechen. Seit der Errichtung des Amts im Jahre 1920 war sein Direktor stets bestrebt, dieses Ideal zu verwirklichen. Als das Amt ins Leben trat, war es unermüdlich, daß hauptsächlich die beiden Nationen Frankreich und England, deren Sprachen im Friedensvertrag als die amtlichen festgelegt wurden, aufgefördert wurden, Posten in demselben zu übernehmen.

Die Tatsache, daß jetzt Angehörige von 28 Nationalitäten im Internationalen Arbeitsamt tätig sind, zeigt aber, daß die meisten Länder der Erde eine Vertretung haben, um sachgemäße Ratsschlüsse über verschiedene Gegenstände zu geben, welche nur von jemandem zu haben sind, der aus dem betreffenden Lande kommt. Die Liste der Nationalitäten ist wie folgt: Amerikaner, Australier, Belgier, Brasilianer, Briten, Chilenen, Dänen, Deutsche, Finnländer, Franzosen, Indier, Italiener, Irländer, Japaner, Kanadier, Litauer, Neu-Seeländer, Niederländer, Norweger, Oesterreicher, Polen, Russen, Schweden, Schweizer, Spanier, Serben, Tschechoslowaken, Ungarn. — (Bei dieser Liste vermissen wir die Angabe, in welcher Anzahl die Beamten der einzelnen Nationalitäten im Internationalen Arbeitsamt vertreten sind. D. Red.)

## Einheitsgewerkschaft in Australien.

Die drei bedeutendsten Gewerkschaften Australiens haben sich zu einer Einheitsgewerkschaft (One Big Union) zusammengeschlossen: der Australische Arbeiterbund, der n. a. die meisten Arbeiter der Land- und Weidfarmen umfaßt, der Verband der Kohlenarbeiter und der Transportarbeiter-Verband, die insgesamt 200 000 Mitglieder zählen. Der neue Einheitsverband setzt sich aus fünf Industriegruppen zusammen. Davon bestanden im Australischen Arbeiterbunde bisher schon drei, die Gruppen der Land-, Bau- und Fabrikarbeiter, während jetzt für Bergbau und Transportwesen neue Gruppen geschaffen wurden.

Die neue Organisation setzt sich zum Ziele: das Akkordsystem zu beseitigen, die Lebenslage und Verhältnisse der Mitglieder zu verbessern, die Mitglieder aufzuklären und eine Organisation aufzubauen zu dem Zwecke, den Kapitalismus zu beseitigen und an seine Stelle das Gemeineigentum an den Mitteln der Erzeugung, der Verteilung und des Tausches zu setzen mit Hilfe revolutionärer Aktion auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete.

## Arbeiterverhältnisse in Bolivien.

In Bolivien bilden die Mißbräutigen die Masse der Arbeiter. Weiße Arbeiter sind selten. Ueber die Lohnverhältnisse mocht das Blatt der argentinischen Sozialisten „Vanguardia“ nachfolgende Angaben:

Miner verdienen 5—6 Bolivier (1 Bol. = 1,60 M. Friedenswährung) für den Reinstundentag. Zimmerer und Schlosser 6 bis 7 Bol., Straßenbahnführer 120 Bol. für je 2 Wochen, Handlungsgelhilfen 60—70 Bol. im Monat.

Die Arbeiterorganisationen entwickeln sich in der letzten Zeit zwar verhältnismäßig schnell, besonders unter den gelehrten Arbeitern, aber ihre Bedeutung ist noch sehr gering. Die bestorganisierte Gruppe ist die der Eisenbahner, die mit den Eisenbahnern in Gasse in Verbindung steht. Bis zum Jahre 1919 waren Streiks so gut wie unbekannt, doch sind seitdem einige Arbeitsinstellungen vorgekommen, so in den Zingruben und im Telegraphendienst, kleinere auch bei den Eisenbahnen.

Die neuen Gehaltsvereinbarungen im Berliner Einzelhandel für den Monat Juli für die Angestellten der Berliner Warenhäuser, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte sind gedruckt erschienen und im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10, erhältlich.

Landarbeiterstreiks sind in den Kreisen Stendal und Bolmirstedi wegen Lohnstreitigkeiten ausgebrochen. — Auch auf dem Rittergut Briz bei Berlin hat das Gutspersonal die Arbeit niedergelegt, weil die Gutsverwaltung anstatt der geforderten Lohnerhöhung von 40 Proz. nur 25 Proz. bewilligt hatte. Die Rosslandsarbeiten werden verrichtet, doch ruht die Einbringung der Roggenernte.

Der Streik auf der Konfordhütte in Engers ist beendet. Von der amerikanischen Befahungsbehörde waren der Vorsitzende des Betriebsrates, ein Mitglied des Betriebsrates und der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes in Haft genommen worden. Eine Versammlung der Arbeiter sprach ihnen die vollste Sympathie aus, da sie durch ihre Selbstlosigkeit und ihre aufopfernde Tätigkeit den Interessen der Allgemeinheit und denen ihrer Mitarbeiter gedient hätten. Der Befehl der Befahungsbehörde, die den Hochofenbetrieb beschlagnahmte, lautet wörtlich: „Das gesamte Personal der Konfordhütte wird hiermit aufgefordert, den Dienst zu verrichten, um einen ununterbrochenen Betrieb zu sichern. Allen Anordnungen des Kommandierenden Generals muß Folge geleistet werden. Zuwiderhandlungen werden militärgerichtlich verfolgt.“

Ob und mit welchem Erfolg der Streik beendet wurde, geht aus dem Bericht nicht hervor.

Die Arbeitslosenunterstützung in Oesterreich wurde auf täglich 3200 Kronen festgesetzt. „Das ist sehr wenig“, werden die Arbeitslosen sagen.

Den Generalstreik in Italien hat der Zentralschuss des Arbeiterverbandes beschlossen. Das Datum des Streiks soll noch festgesetzt werden.

Zu den Kämpfen in Amerika meldet Reuter aus New York: Die Mitglieder des Gewerkschaftlichen Vollzugsausschusses einschließlich des Präsidenten Compers haben in einem Aufruf in allen Arbeiterblättern an sämtliche Arbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten das Ersuchen gerichtet, die Eisenbahnarbeiter zu unterstützen und die Arbeiter zu veranlassen, keine Arbeit auszuführen, die früher von den im Streik befindlichen Arbeitern verrichtet wurde. Die Streikenden werden aufgefordert, die Befehle zu beachten.

In Kalkutta sind 28 000 Arbeiter der Juteverereien in Kamarkati, Khardah und Titighur in den Streik getreten wegen Lohn-erhöhungen.

Bericht: für den tedaff. Teil: Franz Alth. Berlin-Viktoriastr. 10. Anzeigen: 25. Glucke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Toni Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2. Preis 1 Blatt.

Weinbrand, Liköre

**Landauer & Macholl T**

Heilbronn a. N. Gege 1861

Vertreter: Karl Kasi, Potsdam, Bismarckstr. 3. Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 366 u. Wilhelm Wetzel, Berlin-Wilmersdorf, Neckenburgische Straße 20, Fernsprecher: Amt Pflützberg Nr. 3400.

für Herren- u. Damen-Bekleidung

**Stoffe Koch & Seeland G. m. b. H.**

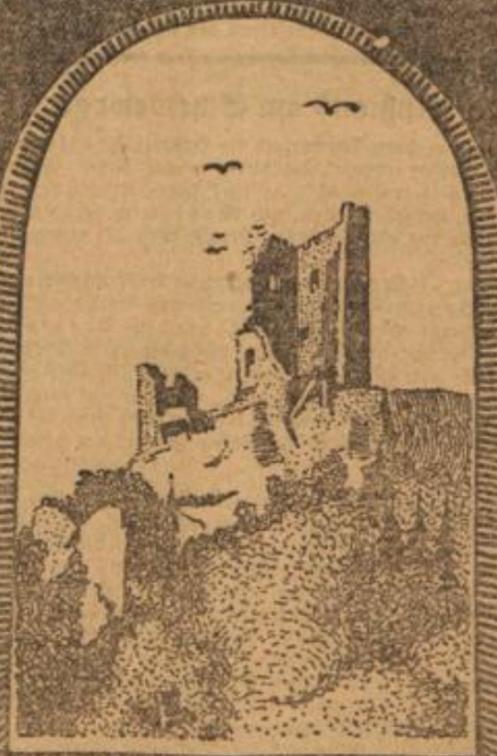
Gebräudtenstraße 20-21.

Von ärztlichen Anstalten gegen Gefährungen, besonders zum Schutze gegen Grippe und bei Hasenstunde, Verschleimung, anerkannt und vielfach verwendet sind Hasenstunde-Pastillen. Sie greifen den Magen nicht an und sind angenehm von Geschmack. In allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

**Maffary.**

**Delft**

edel wie  
der Name



**Fritzi**

**Maffary**

eine Zigarette  
von Rang

Urteilen Sie selbst!

KON LINON